

Erkheim täglich außer Montags...
Abonnement: Preis für Berlin...
Worteljährlich 3,20 Mark, monatlich 1,10 Mark...

Vorwärts

Inspektions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeitung...
Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags...

Verantwortlicher: Amt 6, Nr. 4106.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 5. Februar 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Herr Adolf Lehr, der Moralstatistiker.

I.

Dieser Tage ist ein neues Heft des vom Verein für Sozialpolitik veranstalteten Sammelwerks: Die deutsche Hausindustrie, erschienen: Die Hausindustrie in der Stadt Leipzig und ihrer Umgebung von Dr. Adolf Lehr. Wir behalten uns vor, auf die Schilderung der Leipziger Heimarbeitersustände näher einzugehen, eine Schilderung, die dem beschränkten Standpunkt der Unternehmerfreundlichkeit gar gewichtige Zugeständnisse macht. Heute aber soll uns ein Abschnitt des allgemeinen Theiles beschäftigen, in welchem Herr Dr. Lehr die uneheliche Geburten-Ziffer Leipzigs einer eigenartigen Kritik unterzieht, die den Stempel der — Bourgeoismoral an der lähnen Stirne trägt.

Im Berichte der Gewerbelammer zu Leipzig, Jahrgang 1888, S. 29, findet sich, wie Lehr anführt, folgende Stelle:

„Die Lohnsätze mancher weiblicher Arbeiter, z. B. Strickerinnen und Näherinnen, sind in der That so niedrig, daß selbst bei angestrengtester Thätigkeit der Verdienst nicht ausreicht, den dürftigsten Lebensunterhalt davon zu bestreiten; namentlich trifft es diejenigen Arbeiterinnen hart, die allein stehen und lediglich auf diesen Verdienst angewiesen sind. Diese sind geradezu gezwungen, entweder an die Wohlthätigkeit zu appelliren oder andere bedenkliche Wege einzuschlagen.“

Lehr erklärt nun: „In diesen Aeußerungen wird argumentirt: Weil ein Theil der Arbeiterinnen einen zu geringen Lohn verdient, darum sind sie genöthigt, sich der Prostitution zu ergeben; ein Beweis aber für diese Folgerung, etwa durch Angabe der Zahl derjenigen Prostituirten, welche Strickerinnen, Näherinnen und dergleichen zu sein vorgeben, wird nicht erbracht.“ Er selbst sei nun in der Lage, „auf methodischer statistischer Bearbeitung beruhende exakte Angaben“ über die Leipziger Verhältnisse zu machen, welche dieselben „in einem etwas anderen Lichte“ erscheinen ließen. Er stelle fest, daß „auch in Leipzig ein Theil der Hausarbeiterinnen allerdings einen durchaus unzureichenden Lohn verdient“, aber sein Material, die angeblich so „exakten Angaben“, spreche gegen die oben gekennzeichnete Auffassung, daß der Nothstand der hausindustriellen Arbeiterinnen dieselben zur Prostitution treibe.

Lehr spricht kurzweg davon, daß „solche vielfach gehörte Aeußerungen meist wohl nur auf Meinungen, Annahmen oder vereinzelten Beobachtungen beruhen“. Es ist nicht hübsch von solch loyalem Herrn, wider den

Stachel reichsamlicher Erhebungen zu löcken und die Thatfachen, die das Reichsamt des Innern mit Hilfe der einzelstaatlichen Regierungen hat ermitteln lassen, von oben herab zu behandeln und Herrn von Bötticher mir nichts dir nichts ein Schnippchen zu schlagen. Unsere Leser wissen, daß die einzige halbwegs brauchbare Reichsenquete, die sich auf Arbeiterzustände bezog, die auf einen Reichstags-Beschluß vom 14. Mai 1885 hier veranstaltete offizielle Untersuchung über die Lage der in der Wäsche-fabrikation und Konfektionsbranche Deutschlands beschäftigten Arbeiterinnen gewesen ist. Daß Herr Lehr diesen Enquetebericht mit keiner Silbe erwähnt und sich damit begnügt, direkt nur gegen die Gewerbelammer zu Leipzig und Dr. Runo Frankenstein, der bekanntlich aus diesem Enquetebericht geschöpft hat, zu polemisiren, ist recht charakteristisch für die Sachlichkeit des neuesten Hausindustrie-Schriftstellers.

Die offiziellen Darlegungen, die das Reichsamt des Innern dem 1887er Reichstage zugehen ließ, bestätigen bekanntlich die Thatfache, daß die Prostitution für viele Heimarbeitersustände ein nothwendig aus der Unterbezahlung sich ergebendes komplementäres Gewerbe ist, d. h. ein zur Ergänzung des Lebensunterhalts erforderliches Gewerbe. Und Herr Lehr wird vielleicht zugeben, daß die aus amtlichen Quellen von Fachmännern, guten Beobachtern und geschulten Sachkundigen geschöpften Daten nicht bloß „auf Meinungen und Annahmen“ beruhen. Er wird vielleicht ferner zugestehen, daß bei den Mittheilungen aus den verschiedenen Theilen des Reichs nicht von versprengten „vereinzelten Beobachtungen“ die Rede sein kann. Aus Berlin und aus Erfurt, aus Württemberg, aus Posen, aus Breslau liegen erschütternde Berichte vor über das Loos der in der Hausindustrie beschäftigten Weiber.

Der Kritiker Lehr verlangt als Beweis für die so gut bekundeten Vorgänge zahlenmäßige Angaben über die Prostituirten, die aus der Hausindustrie hervorgegangen sind. Er selber jedoch hat sich dieser Beweisführung entschlagen, obgleich er gerade dazu verpflichtet war, den Nachweis für seine Behauptung auf diesem Wege zu erbringen. Denn wenn Jemand erklärt: „Ich erkenne diese Ansicht nur an, wenn der und der ziffermäßige Beleg dafür erbracht ist“, so hat er, wenn er diese selbe Ansicht thatsächlich widerlegen will, den negativen Beweis auf dieselbe Weise zu führen, das heißt durch Herbeischaffung von Zahlenmaterial, das, um mit Herrn Lehr zu reden, „auf methodischer, statistischer Bearbeitung“ beruht, klipp und klar zu zeigen, daß er Recht hat, nicht seine Gegner, daß die Zahlen für ihn, nicht für sie sprechen. Warum hat Herr Lehr keine Recherchen angestellt, er,

dem es an Empfehlungen und Beziehungen sicher nicht gebrach, warum hat er nicht mit Hilfe des Polizeiamts und anderer Behörden die wirtschaftliche Herkunft der Leipziger Prostituirten untersucht? Das wäre, ganz gleich, was für ein Resultat zu Tage gefördert worden wäre, eine verdienstliche Arbeit gewesen, und wenn er nun einmal diese Materie angechnitten hat, konnte er auf diesem Wege positive Thatfachen sicherlich finden. Indes ganz lassen uns die Moralstatistiker denn doch nicht im Stich, und was sie bieten, spricht gegen die Ansicht des Herrn Lehr. Es wäre wohl angebracht gewesen, daß der strebsame Nationalökonom auf die ihm wahrscheinlich nicht unbekanntenen Daten verwiesen, die wir dem berühmten französischen Forscher Parent-Duchatelet verdanken. Derselbe führt in seiner Schrift über die Pariser Prostitution an, daß von 3084 Dirnen, deren soziale Berufsstellung er genau untersuchte, 1559 Näherinnen und Putzmacherinnen, 285 Posamentierarbeiterinnen und Haararbeiterinnen, 284 Wäscherinnen und Flickerinnen sich befanden, so daß rund 69 pCt. dieser Prostituirten nachweislich der Hausindustrie angehört hatten. Und spätere Untersuchungen, von Tröbchet und Boirat-Duval angestellt, gelangten zu dem gleichen Resultat. Da hat Herr Dr. Adolf Lehr Zahlen, freilich Zahlen, die ihm in seinen Kram nicht passen.

Dafür holt er sich zu seiner Unterstützung Zahlen, die sozialstatistisch zwar von Interesse sind, aber für seine Absichten auch gar nichts beweisen. Weil, so schließt er, die Betheiligung der hausindustriellen Arbeiterinnen an der unehelichen Geburten-Ziffer in Leipzig eine geringere ist, als bei Hand- und Fabrikarbeiterinnen und gar bei den Dienstmädchen, deshalb „sprechen die thatsächlichen Verhältnisse gegen die vielverbreitete Annahme, daß die Noth, resp. die niedrigen Lohnsätze die industriellen Arbeiterinnen der Prostitution in die Arme treibe.“ Ja, diese Noth, diese niedrigen Lohnsätze sollen eben an Allem Schuld sein. Aber wie Herr von Fockenberg, der Nothstands-Längner und Wadelstrumpf en chef, die Thatfachen mit hoffmännischer Eleganz ignorirt, so beweist sie uns Herr Lehr „radikal, rattenlahl“ fort; denn er hat, man vergesse dies nicht, „auf methodischer, statistischer Bearbeitung beruhende exakte Angaben.“ Wie lieblich wird dem argbedrängten Unternehmertum, das durch die beschreibende Wirtschaftsforschung der Thun, Sar, Schnapper-Andt u. s. w. bis aufs Blut gärgert ist, die schneidige Logik des Leipziger Wirtschaftshistorikers“ eingehen. Wie sagt doch Onkel Bräsig in seinem geliebten messingschen Deutsch: „Nachtigall, ich hör' dir laufen!“

Hören wir also: während der Jahre 1877—86 kamen in Leipzig auf 100 uneheliche Mütter:

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

30

Bei Mama.

Roman von Arne Garborg.

Das war ein ewiges Gefretze mit Saugflaschen, mit Milch, die gewärmt und gemischt werden sollte, mit Milch, die sauer geworden, mit Mundlücken, die nicht zogen. Manchmal mochte der Kleine die Flasche nicht, wie gut der Inhalt auch bereitet war; da wußte sich Fanny keinen Rath. Sie wiegte ihn so, daß er Gebirnerschütterung hätte kriegen können, trug ihn und schaukelte ihn, bis sie ihre Arme spürte. Gott Vater mochte wissen, was dem Jungen fehlte. Nach und nach lernte sie, daß es wohl helfen konnte, ihm Pulver zu geben, ihm den Bauch mit grünem Del einzuschmierern, ihm die Windeln, die er nah gemacht, gegen trockene umzutauschen; aber all das war so beschwerlich, daß sie es so lang als möglich unterließ. Als Lea gesund wurde, kam sie oft ins Kinderzimmer. War der Knabe brav, so spielte sie mit ihm und liebte ihn, war er schlümm, so schalt sie Fanny aus. Sie lernte gleichfalls ihn warten. Wenn sie Abends nicht zu müde war, kleidete sie ihn selbst um; er schrie, aber sie hielt es aus, oft mehr als eine halbe Stunde lang. Es erschien ihr unsahbar, daß Mütter ihre Kleinen der Hand unruhiger Kindermädchen überlassen mochten; sie wäre nie im Stande gewesen, ruhig zu sein, wenn sie ihre Mutterpflichten nicht erfüllt hatte. Am schlimmsten war der Knabe des Nachts. Es begann gewöhnlich, indem er im Schlafe lächelte; da wußte Fanny,

daß er Leibschneiden hatte. Er lächelte und wand sich, wand sich und lächelte; sie und da fuhr er mit lautem Schrei auf, als ob er böß geträumt. Da nützte es nichts, sich niederzuliegen; die Wiege mußte die ganze Zeit über in Gang gehalten werden. Am Mitternacht vermochte Fanny nicht mehr weiter; sie fiel ins Bett hinein und versank in Schlaf; da sang der Knabe aber sogleich an: „Da! oah!“ Sie riß sich aus der Tiefe ihres Schlafes; es schwindeelte ihr; sie vermochte kaum sich zu besinnen; endlich legte sie ihm wieder das Saugrohr zwischen die Lippen, kriegte sich dann hin und begann zu wiegen. „Biss, biss, biss, biss.“ Die Arme schliefen ihr ein; die Wiege blieb stehen; der Kleine sang an „Da—h! oa—h!“ Sie gab ihm die Flasche; er wand sich und verlor dieselbe wieder. „Da—h! oa—h!“ Wieder gab sie sie ihm; nein, nun wollte er sie nicht. Er schrie nur. Er krännte sich in seinem Krissen wie ein Wurm und schrie. Da half nichts; taumelnd vor Schlaf mußte sie aufstehen und ihm eine neue Flasche mischen. — Endlich. Ach Gottlob. Sie wälzte sich über den Bettrand und fiel in todähnlichen Schlaf.

— — — „Da—h! oa—h! oa— — —h!“ Ah! Gott schätze uns! Was gabs denn wieder! — U, das war kein Schreien; das war Stöhnen, häßliches, langes, heiseres Stöhnen, tief aus dem Bauch heraus gepreßt; es durchdrang ihr Mark und Bein, arbeitete sich wie mit stumpfen Messern durch ihre Nerven; sie jammerte, knirschte mit den Zähnen, weinte; Gott, was das nur schon wieder war. Es war rein zum Verzweifeln mit ihm. Er schrie, bis er blau wurde, und schwigte, daß es ihm von der Stirn perlte. Sie nahm ihn empor und wickelte ihn auf. Kleidete ihn aus, wusch ihm die wunden Stellen, streute mit Wurmmehl, rieb mit Del ein; dann wechselte sie die Wäsche und gab ihm

Pulver; und dennoch schrie er. Sie bettete die Wiege neu, rüttelte die Kissen weich wie ein Dunemest; — nein. Bereitete eine ganz frische Milch; — aber nein. Er schrie. Sie hob ihn auf und trug ihn herum; trug ihn viertelstundlang auf dem Arm, wiegte, sumnte, sang, weinte; endlich versiel er in Duse!; sie versuchte ihn niederzuliegen; doch das weckte ihn wieder auf. Sie vermochte ihn nicht mehr zu tragen, setzte sich auf einen Stuhl und wiegte ihn im Schooß. Wieder schlummerte er ein; sogleich schlief auch sie und hätte nahezu den Kleinen zu Boden fallen lassen. Ach! . . . Sie hatte den Austraß, Lea zu wecken, wenn etwas geschah; ein paar Mal that sie es. Der Knabe war so sonderbar geworden, bläulichblau und entsehtlich; die Augen schielten; sie meinte, es könnten Krämpfe sein. Jedoch es war nichts; es war bloß Leibschneiden. Wegen dieser Kleinigkeit hätte sie nicht gebraucht, die Leute in ihrer Nachtruhe zu stören. Seither ließ Fanny ihre Schwester schlafen, selbst wenn es manchmal sehr arg schien. Wurde der Knabe allzu unruhig, so that sie ihn in die Wiege und ließ ihn schreien. Sie war dann so müde, daß sie schlief, trotz alledem. Es war ein bößer Schlaf, erfüllt von Gewissensbissen und schweißtreibenden Träumen; jedoch sie schlief. Gegen Morgen schwieg der Junge ein paar Stunden, so daß Fanny sich doch ein bißchen erholte; allein um fünf Uhr war es vorbei; da mußte sie aufstehen, ob sie nun pffif oder sang; ach sie haßte den Buben, daß sie ihn hätte erdrosseln mögen.

Am Vormittag, da schlief der Junge; da war es, als sei alles gut. Allein da mußte Fanny die Zeit ausnützen und dem Knaben die Wäsche waschen. Lea sah einweilen in der Kinderlammer und war Mutter. Wenn er aufwachte, war er heiter und vergnügt. „Tututu, kleiner

Gut, zugegeben, daß diese Zählungen richtig sind, ist Lehr auch berechtigt, aus ihnen solche Schlüsse, wie oben gezeigt, zu ziehen? Wir wollen nun im Vorbeigehen darauf hinweisen, daß die peinlichste Durchprüfung der Leipziger Geburtenstatistik schon deshalb am Plage ist, weil Leipzig Sitz einer öffentlichen Gebärstalt ist, welche einen nicht unerheblichen Zugang auswärtiger Schwangerer zu verzeichnen haben dürfte, eine Erscheinung, welche auf die Zahlenbewegung und Zahlengruppierung nicht ohne Einfluß ist.

Doch davon abgesehen, trifft Lehr den Kernpunkt der Sache nicht. Ist Prostitution und uneheliche Geburtenziffer etwas Identisches? Findet eine regelmäßige, gesetzmäßige Wechselwirkung zwischen der Prostitution und der Bewegung der Geburtenziffer statt in der Art, daß die „gewerbmäßige Unzucht“, wie der Polizeistatist sich ausdrückt, das Wachstum der Zahl der unehelichen Kinder begünstigt, befördert, verurteilt? Ist es richtig, daß diejenigen Berufsgruppen, aus welchen sich die Prostituirten vornehmlich rekrutieren, die meisten unehelichen Kinder in die Welt setzen, so daß also die Höhe der unehelichen Geburtenziffer der Gradmesser ist für den Antheil der betreffenden Arbeiterinnenkategorie an der „Lohnhüterei“, um diesen Ausdruck des Prostitutionsapostels Hügel zu gebrauchen? Jeder Unbefangene muß diese Fragen rundweg verneinen. Und Herr Lehr selber macht das Zugeländnis: „Es ist ja richtig, daß aus der Zahl der unehelichen Geburten innerhalb einer Bevölkerungsklasse noch nicht ohne weiteres ein Schluß auf die allgemeinen Sittlichkeitsverhältnisse der letzteren gezogen werden kann, zumal bekanntlich gerade die gewerbmäßigen Prostituirten nur sehr wenige Geburten aufweisen.“ Deshalb in aller Welt sucht dann eigentlich Herr Lehr eine Theorie aufrecht zu erhalten, die nach seinen eigenen Worten auf so schwacher Füßen steht, die mit den wirklichen Verhältnissen, wie wir gezeigt haben, sich nicht in Einklang bringen läßt!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Februar.

Der Reichstag füllte seine heutige Sitzung mit einer längeren Kolonialdebatte aus. Es sprachen Hamacher, Windthorst, Vollmar, Richter, Hamacher, der Reichskanzler von Caprivi und der Staatssekretär von Marschall. Die Staatspositionen für Ost- und Westafrika und die Vermehrung der Schutztruppe wurden berathen. Die Rechten der Linken griffen, theilweise mit werthvollem Material, die Kolonialpolitik an und führten aus, daß die Fortführung derselben allerlei Unzulänglichkeiten mit sich bringen müsse. Der Abg. Hamacher zeigte sich als unerbittlicher Kolonialschwärmer und mußte sich von Richter, Vollmar und Hamberger zurückweisen lassen. Vollmar schlug vor, dem früheren Reichskanzler die Kolonien zum Geschenk zu machen. Ob er sie wohl annehmen würde? —

Die preussische Regierung hat allem Anscheine nach auf den Plan der Verstaatlichung des Koch'schen Heilmittels verzichtet. Dies wäre nur zu loben, denn es ließe sich selbst oder andere täuschen wollen, wenn man noch länger mit dem Wahnwitz zurückhielte, daß die an das Koch'sche geknüpften Hoffnungen sich nach keiner Richtung hin erfüllen können, und daß das Mittel gegen Lungenschwindsucht, welches die Welt entdeckt glaubte, noch zu entdecken ist. In den ungünstigen Urtheilen, die in dieser Sache abgegeben worden sind, mag manches auf persönliche Eifersüchtelei, die unter den Männern der Wissenschaft, namentlich den deutschen, leider sehr stark grassirt, zurückzuführen sein, allein wer die Summe der abgegebenen Urtheile

unparteiisch sichtet und wägt, kann nicht im Zweifel darüber sein, daß die Menschheit das Opfer einer argen Täuschung war, als sie im vorigen Herbst durch die frohe Botschaft, für die mörderischste der Krankheiten sei sichere Heilung gefunden, in jubelnde Begeisterung versetzt wurde.

Je tiefer wir es beklagen, daß jene Hoffnungen sich nicht erfüllt haben, desto dringender liegt uns aber auch die Pflicht ob, zu fragen: wer ist schuld daran, daß diese „gigantische Täuschung“ verübt ward? Wie war es möglich, daß das Koch'sche Mittel, ehe dasselbe geprüft war, mit dem Stempel höchster Autorität versehen, und als etwas Außerordentliches, Epochemachendes angepriesen und empfohlen werden konnte?

Nehmen wir an, Ähnliches wäre in Frankreich vorgekommen; die französische Regierung hätte die Entdeckung irgend eines französischen Gelehrten mit ihrer Staatsautorität gedeckt und so enthusiastisch verherrlicht, wie es in Deutschland mit der Koch'schen Entdeckung geschehen ist — und hinterher hätte es sich herausgestellt, daß die Entdeckung für die Zwecke, auf welche es ankommt, ganz oder nahezu wertlos ist, wie unbarmherzig würde die französische Regierung kritisiert, wie höhnisch die französische Windbeutelerei und Renommisterei verspottet werden!

Wir sind, nach dem was uns versichert wird, fest überzeugt, daß Professor Koch unschuldig ist an dem Kellam-Baum, der monatelang, bis der Rückschlag kam, mit seiner Entdeckung getrieben wurde, allein Schuld liegt vor, und Schuldige sind vorhanden; und um des guten Rufes unseres Vaterlandes und der deutschen Wissenschaft willen erscheint es uns nothwendig, daß festgestellt werde, wer die Verantwortlichkeit trägt für diese „gigantische Täuschung“, in deren Bann die ganze zivilisirte Welt sich Monate lang befunden hat. —

Die Unsicherheit der Zustände, welche das Merkmal unserer Zeit ist, tritt immer auffälliger in die Erscheinung. Hand in Hand mit überraschenden Veränderungen der Staaten geht eine ebenso überraschende Abmüthung der Personen. Welchen Wechsel der Menschen und Dinge haben uns die letzten zwölf Monate nicht auf der politischen Bühne gebracht. In Deutschland Sturz Bismarck's, in Frankreich Sturz Boulanger's, in Großbritannien Sturz Parnell's, in Italien Sturz Crispi's — all' diese Leute, welche für die Inkarnation irgend eines Systems oder einer bedeutenden Sache galten, sind vom Hauch der geschichtlichen Entwicklung wegweht worden — und noch fortwährend herrscht eine fast unheimliche politische Sterblichkeit unter den großen Männern; und in Deutschland scheint die Krankheit ganz besonders heftig zu wüthen, was zwar ungewisselhaft ein Symptom ungesunder Verhältnisse, aber doch auch zu gleicher Zeit ein Symptom und Mittel der Gesundung ist. Es ist sehr gut, daß die Völker sich der großen Männer entwinden und durch eigenen Augenschein sich überzeugen, wie zerbrechlich die politischen Götzen sind und wie gleichgiltig für die Welt es ist, wenn sie von ihrem Sockel heruntergeworfen werden.

Nicht minder als in dieser Abmüthung der Personen offenbar die Unsicherheit der Zustände sich in den Veränderungen der Staaten. Niemals ist Alles so „in Fluss“ gewesen. Von äußerlichen Veränderungen reden wir da weniger, als von den inneren. Die Staatsformen sind in den meisten Ländern noch die nämlichen wie vor Jahresfrist; allein wo ist der Staat, in welchem heute noch die Regierungs-Grundzüge Geltung oder Festigkeit hätten, welche vor Jahresfrist von granitener Dauer erschienen? Segeln wir in Deutschland zum Beispiel noch in dem „alten Kurs“? Gewiß nicht, wenn auch viele Praktiken des alten Kurses beibehalten sind, der alte Kurs ist's aber gewiß nicht.

Freilich auch kein neuer — und das ist gerade die Signatur dieser veränderlichen, unsicheren, alles in Frage stellenden Zeit.

Kein alter Kurs mehr, und noch kein neuer.

Der alte Kurs geht nicht mehr — beim besten Willen.

Und zum nothwendigen neuen Kurs kann sich die — zünftige Staatsweisheit nicht entschließen, welche im letzten Jahrzehnt das 19. Jahrhundert, wie Duridan's Esel

zwischen den zwei Heubündeln, zwischen altem und neuem Kurs steht.

Duridan's Esel — zum Glück für dieses philosophische Musterthier nur ein figurlicher Esel — verhungerte bekanntlich in dieser „Qual der Wahl“ — die Völker, die in gleiche Lage versetzt sind, hungern zwar, doch verhungern werden sie nicht.

Eines schönen Tages werden sie lustig im „neuen Kurs“ — schwimmen und fahren. —

Herr von Forckenbeck macht Schule. Jetzt haben auch die Ober-Bürgermeister von Leipzig und Dresden erklärt, es besteht zwar individueller, aber kein allgemeiner Nothstand. Nun, wenn viel individueller Nothstand vorhanden ist, dann ist's allgemeiner Nothstand; und wenn die Herren Ober-Bürgermeister gut gespeist haben, dann giebt's auch keinen individuellen Nothstand — für die Herren Ober-Bürgermeister. —

Zum „Kampf mit geistigen Waffen.“ Das Leipziger Tageblatt* schreibt unter dem Titel: „Sozialdemokratisches“:

Mit der Bemerkung: „Die Sozialdemokratie im Leben eine sehr lehrreiche, erbauliche Geschichte, die wahr ist“, wird uns Folgendes mitgetheilt:

Ein Sonntagabend ist es im Winter. Der Schauplatz nachfolgender Begebenheit befindet sich in einem Dorfe des XV. Reichstags-Wahlkreises, in einer vorwiegend von Arbeitern frequentirten Bierwirtschaft. Es sind, soweit man es übersehen kann, lauter Einheimische vorhanden, wenigstens unterhält man sich bei seinem Glase Schnaps oder Einsach ganz so wie es gute Nachbarn machen. Da tritt ein Mann herein mit rötlichem Vollbart, rother Papageienfeder am Hute und knallrothem Schilpe unter der Weite, der also schon von vornherein als Anhänger Nebel's und Vielnecht's angesehen sein will. Da es ein Fremder ist, läßt man sich vorerst nicht mit demselben ein. Schließlich ergreift in edler Dreistigkeit der fremde „Genosse“ fast vorwiegend das Wort und liest endlich aus der „Volksstimme“, dem sozialdemokratischen Leitblatte des Bezirkes, vor, von Zeit zu Zeit die Kehle mit etlichen Schnapsen besuchend, denn das mit Stentorstimme Vorgetragene macht die Kehle trocken.

Wie aber Alles sein Ende findet, so auch diese gemüthliche Kneipe unter Genossen. Als es zum Zählen kommt, sucht der fremde Genosse in allen Taschen herum und erklärt schließlich, daß er sein Geld verloren habe. Darob allgemeines Kopfschütteln in der Runde bei den Genossen. Mit besonderem Geschick vorgebrachte Ermahnungen, einmal praktische Sozialdemokraten sein zu sollen, daß sie die Fische dem fremden Genossen mit bezahlen, helfen nichts. Böse Worte, wie Schwindler, Geschäftssozialist u. dgl., fliegen hin und her, schließlich, als der Streit am löstlichen ist, greift der Wirth mit etlichen Gläsern zu und erpediren den Jünger der Kommune und des „Theelens“ schleunigst an die Luft. Wer die Schnaps à 10 Pf. zusammen 1/2 M., bezahlt, weiß Niemand, vielleicht thut dies die Parteileitung.

Wie muß die Hirnmaterie des Gosenbruders (Spartig's?) beschaffen sein, der diese „geistige Waffe“ schmiedete? Und welchen Begriff muß das Leipziger Tageblatt* von den geistigen Fähigkeiten seiner Leser haben? —

Wir lesen in sächsischen Blättern:

„Aber die Frage: ist die Behauptung: „Der ist Sozialdemokrat“, eine Beleidigung? hat sich das königliche Ober-Landesgericht Dresden (9. Oktober 1890) in verneinendem Sinne unter folgenden, weitgehend Begründung ausgesprochen: Die Behauptung, Jemand sei Sozialdemokrat, ist nicht unter allen Umständen beleidigend, da sich die Sozialdemokratie zu einer politischen Partei herausgebildet hat, welche durch zahlreiche Vertreter in dem deutschen Reichstage und anderen politischen Körperschaften auf die Verathung und Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten Einfluß nimmt. Bei der heutigen Zerstückelung des öffentlichen Lebens durch Nebeneinanderbestehen zahlreicher politischer Parteien, von denen jede das Richtige erkannt zu haben und zu erheben glaubt, kann es nicht schlechterdings als Beleidigung angesehen werden, wenn Jemand als Angehöriger dieser oder jener politischen Partei, sollte dieselbe auch nicht der herrschenden Richtung angehören, bezeichnet wird. Der Ausspruch, daß Jemand einer politischen Partei angehöre, deren Strebsiele der Behauptende nicht billigt, kann daher wenigstens so lange nicht als Beleidigung empfunden werden, als diese Partei sich durch ihr Verhalten nicht selbst um die öffentliche Achtung gebracht und nicht den Gebrauch ungesetlicher Mittel zur Verwirklichung ihrer Parteizwecke auf ihr Programm gesetzt hat, was bislang von Seiten der Sozialdemokratie und ihrer Parteileitung, wenigstens in offenkundiger Weise,

„Aufschub“, Du“, sagte Lea; — „ist's möglich, daß er, dieser hübsche, herzige Keel, bei Nacht so fürchterlich schlimm ist? — Wenn nur nicht Du gegen ihn schlimm bist und nicht ordentlich auf ihn schaut? ... vielleicht verärgert, ihm die Pfote zu geben? Was? — Ja, ja; verlasse Dich nur nicht zu sehr; manchesmal komme ich und sehe nach ... Ich habe Euch beide noch niemals anders als ruhig schlafend gefunden!“

Nach schlummernd und stumpf ging Fanny in den Speisekammer der Küche und in der süßlichdampfen, eingeperrten Luft der Kinderstube herum; hinaus kam sie fast gar nicht, außer wenn sie in der Stadt etwas zu besorgen hatte. Sie erhielt nicht einen Schilling, nicht einmal so viel, um sich einen Knopf für ihr Kleid oder Schnürriemen für ihre Schuhe zu kaufen; Lea vermochte nicht zu begreifen, was Fanny mit Geld anfangen wollte. „Armer Thorjeng“, jammerte sie, als Fanny ein einziges Mal ihrer schlechten Beschuhung erwähnte, „er hat so viele Ausgaben, daß ich nicht begreife, wie er das für aufkommen soll; und da ist er nun in eine Familie gerathen, welche — Es genügt natürlich nicht, daß er für Dich und Mama die Hausmiete bezahlt; er soll Dich wohl auch mit Kleidern versehen?“

Fanny wurde blutroth. Sie redete nie mehr von ihrer Beschuhung. —

Als Schwester der Hausfrau mußte sie zugegen sein, wenn man Gesellschaft empfing; es war dies nicht gerade lustig, dächte ihr. Der Jolleinnehmer kam immer noch; anfangs hatte er sich zurückgehalten, jedoch nun war er ganz wie früher. Er trug sein „Unglück“ sehr leuchtend herzig. Neue Gesichter erschienen selten; jedoch manchmal lud man den Studenten Uhermann ein, welcher der Sohn eines Freundes von Thorjeng's Vater war. Uhermann sollte ein wenig auf Abwege gerathen sein, hieß es; er war in schlechte Gesellschaft gekommen und schwebte in Gefahr, ein „Venstremand“ zu werden. Doch konnte er noch gerettet werden, glaubte man, wenn

er den Einfluß gesunder, guter Ansichten erfuhr, und diesem Einfluß sollte er hier unterworfen werden. Er war ein kleiner schauriger Geselle, mager, blond, nicht ganz jung, fürchterlich eingebildet; er trug die Nase hoch und sagte gewöhnlich affektur das, was zu sagen er Lust hatte, und vielleicht hieß „ein Venstremand sein“ gerade nicht so höflich und artig sein wie die anderen Leute; das war übrigens noch nichts so Arges. Jedoch daß er schäbig gekleidet ging, war arg; besonders seine halbweinen Kragen konnte Fanny nicht anstehen und es war schrecklich von ihm, daß er keine Manschetten trug. Aber vielleicht gehörte auch das zum Venstremand. Eines Abends ihr gewöhnlich: es konnte nichts an ihm sein, wenn er sich von dem Geschwäg, das er hier zu hören bekam, beeinflussen ließ.

Es war wohl besonders der Jolleinnehmer, welcher auf ihn wirken sollte; jedenfalls konnte der Jolleinnehmer ihn nicht sehen, ohne gleich auf die „Venstremand“ zu sticheln. Allein der kleine Student war durchaus nicht so leicht zu fassen; er bis zurück, und zwar ganz ordentlich. Mit seiner dünnen, schwachen Stimme antwortete er, so daß die Siebe klatschten. Einmal war er besonders bösehaft gegen den Tod von Lübeck. Dieser rühte mit allerlei Redensarten heraus von „kleinen Leuten, die emporkommen wollten“ und von etwas, was er „Parvenüs“ nannte; er sagte es so, daß Uhermann es auf sich bezog. „Nein, nein“, antwortete Uhermann; „mein Vater war weder Diabritter noch sonst etwas Großes; aber seinen Sohn beim Jolleinnehmer unterzubringen, das hat er, Gott sei Dank, dennoch nicht nöthig gehabt!“

Der Jolleinnehmer wurde ganz still. Lea schaute mit großen Augen den Studenten an; Thorjeng begann von etwas Anderem zu reden.

In Gesellschaftsabenden, wenn die Damen und die Herren getrennt saßen, nahm Uhermann bei den Damen Platz, denn er spielte nicht Karten. Da wurde er nahezu unterhaltend. Man disputirte. Die Damen mochten nicht mit Uhermann über irgend einen Gegenstand einig zu sein, denn sie wußten, daß man ihm „Ansichten“ zumüthete; sie widersprachen ihm, wenn er auch noch so vernünftig war. Das machte ihn böse, und er sagte ihnen dann prächtige

Dinge. Eines Abends nannte er sie „Dausthier“; da lachte Fanny laut auf. „Nein, aber Uhermann!“ bat Lea. — „Ja, ist das denn vielleicht ein Menschenleben“, fuhr er eifrig fort, „so all' seine Tage in der Küche herum zu gehen und Gerüche zu kochen und dann hie und da seinem Herrn und Gemahl ein Kind zur Welt zu bringen ... ist das etwa ein Menschenleben? Ihr müßet ja verdummen!“ — Die Damen erschauerten darüber so sehr, daß sie kein Wort mehr erwiderten.

Eines Tages richtete Fanny es so ein, daß sie ihn in einer Ecke allein für sich kriegete. „Nicht ergeben Sie sich, Uhermann!“ sprach sie. Er gerieth in ungeheures Erstaunen; „nich ergeben? Wie meinen Sie das?“ — Sie erröthete, sie mußte nicht, was sie meinte. „Ja, ich glaubte ... sind Sie nicht Venstremand?“ — „Ja, unlegbar!“ — „Nun, ist das nicht viel lustiger als ... diese Anderen sind so langweilig, wie mir scheint ... Ergeben Sie sich nicht!“ — Sie lief weg und biß sich die Lippen vor Verlegenheit. Uf! Wie dumm sie war! Was ging sie das an? Er mußte ja glauben, sie sei nicht ganz jaft im Oberstübchen.

Aber den ganzen Abend nachher war er entsetzlich unverschämmt. Er behauptete, die Damen taugten nicht einmal dazu, Kinder zu erziehen. „Wo sollten sie es auch gelernt haben? — Seit Erschaffung der Welt hat man ihren Geist brach liegen lassen, weil den Männern das Kindische an ihnen so gut gefiel; — glaubt vielleicht irgend Jemand, Kinder verstanden sich auf Kindererziehung?“ — Das war riesig unterhaltend. Die Damen wurden so zornig, daß es von ihnen förmlich sprühte.

Von da an kam Uhermann öfter zu Thorjeng. Und zu Weihnachten erhielt Fanny ein Geschenk von ihm. Es war ein Buch; „Die Romäne der Liebe von Henrik Ibsen“ hieß es. Born ins Buch war mit kleinen, zarten, dünnen Buchstaben geschrieben: „Meiner Valkyrie.“ — „Oho, was ist das?“ sagte Fanny lachend.

(Fortsetzung folgt.)

*) Venstremand (Spr. Venstreman) Anhänger der Linken, der freisinnigen Opposition.

*) Valkyrie ist die nordische Form für Walküre.

nach nicht geschehen ist. Die an sich lediglich ein tatsächliches Verhältnis bezeichnende Behauptung, daß Jemand Sozialdemokrat sei, wird demnach, soll ihr ein beleidigender Charakter beigelegt werden, aus den begleitenden Umständen als eine solche nachzuweisen sein, welche äußerlich geeignet und im Bewußtsein des Täters darauf berechnet sei, die persönliche Ehre des davon Betroffenen zu verletzen.

Das ist recht verständlich. Wenn Herr von Kostitz-Ballwig, ehe er sich seine neulich von uns mitgetheilte Grabschrift schrieb, diesen Entscheid gelesen hätte, würde er sie vielleicht unterlassen haben.

So viel wir wissen, ist übrigens die sozialdemokratische Partei die einzige Partei, welche statutenmäßig und prinzipiell jeden unehrenhaften Menschen von sich ausschließt. Und Jedermann kann sich also geehrt fühlen, wenn er Sozialdemokrat genannt wird, während von anderen Parteien das Gleiche nicht gilt.

Im freisinnigen Verein zu Bremen trat ein Antisemit auf, als dort vom Alimenter-Böckel gesprochen wurde, und rechtfertigte seinen Händling in folgender drolligen Weise:

„Warum wird immer gesagt Alimenter-Böckel.“ Als ob das etwas Fränkisches wäre. Böckel ist 80-81 Jahre alt, ist früher einmal Student gewesen und hat so'n Unglück gehabt, mal mit 'nem Frauenzimmer zusammenzukommen. (Große Heiterkeit.) Ist das so humoristisch, wenn man mal reinsinkt? (Die Wirkung dieser Worte war äußerst drastisch.) Das Frauenzimmer hat ihn verlaßt, er hat die ihm auferlegte Summe bezahlt, ist das etwas Verbrecherisches? Kann das nicht Jedem von Ihnen passieren? (Heiterkeit.)

Diese Vertheidigung mag dem Dr. Böckel nichts weniger als angenehm sein.

Zur Warnung für Auswanderer veröffentlicht die in S. Paolo (Brasilien) erscheinende deutsch-brasilianische Zeitung „Germania“ nachstehende Mittheilungen über schlechte Behandlung von Einwanderern an gewissen Orten des Staates St. Catharina, welcher häufig als für europäische Einwanderung geeignet geschildert wird. Seit den letzten zwei Monaten waren etwa 1000 Einwanderer, Deutsch, Russen und Polen, in St. Catharina angelangt und bei der Beförderung von Desterro nach dem Innern wurde ihnen von den Beamten mitgetheilt, daß sie freie Reise bis zu ihrem Niederlassungsort erhalten und noch acht Tage nach ihrer Ansiedelung verköstigt werden würden. Nach Ablauf dieser Zeit sollten die Kolonisten 15 Tage im Monat Arbeit an Wegen und provisorischen Häusern bekommen. Diese Versprechungen wurden jedoch nicht oder nur zum Theil gehalten und nicht einmal das Land war für so viele Einwanderer vermessen worden. Von einem der Feldmesser hatten die Immigranten verlangt, daß er ihnen Arbeit und Lebensmittel verschaffe. Statt diese berechtigten Wünsche zu erfüllen, ging dieser Herr nach Desterro und requirirte 25 Soldaten, welche die Einwanderer auf Schritt und Tritt schikanirten und mißhandelten. So hatten Kolonisten, die sich weigerten, nach dem ihnen von der Kommission bestimmten Orte zu gehen, Säckelhieb bekommen und wochenlang frant gelegen. 15 Mann, die wegen mangelnder Arbeit und ungenügender Versorgung mit Lebensmitteln mißmüthig geworden waren und die Kolonie hatten verlassen wollen, waren daran mit Gewalt verhindert und in den Block gelegt worden, in dem sie volle zwei Tage sitzen mußten. Eine der ersten Arbeiten der mit der Behandlung der Immigranten betrauten Beamten war nämlich gewesen, ein festes Gefängniß zu bauen und Wände darin anzubringen. An mehreren Stellen in Cristuma befindet sich sogar ein Anschlag, welcher besagt, daß kein Kolonist ohne Erlaubniß sich weggeben darf. Hat einer ein besonders dringendes Geschäft, was er glaubwürdig nachweisen kann, so erhält er einen Zettel auf einige Tage Urlaub lautend, bleibt er über die bestimmte Zeit aus, so ist Gefängniß ihm sicher. Gepäck etc. darf natürlich Niemand mitnehmen, sonst könnte er ja durchbrechen. Der Beamte, welcher diese Mißhandlungen angeordnet hatte, soll mit dem bloßen Beweis davon gekommen sein. So weit das genannte brasilianische Blatt. Ueber schlechte Behandlung der Einwanderer wird auch in anderen Staaten Brasiliens geklagt.

Die neue republikanische Regierung wird gut thun, diesen Gemeinheiten ein Ende zu machen; wenn sie dies nicht will, so hat die Begründung der Republik wenig Zweck.

Die belgische Philisterpresse weiß allerhand Schauer- geschichten über eine fürchterliche Militärverschwörung, die die Sozialisten angezettelt haben sollen, zu erzählen, und die deutsche Philisterpresse druckt ihr Alles nach. Die „Independance“ sagt, die Regierung verfolge „die Spur eines förmlichen, von Sozialisten angezettelten Militärputsches“ — schrecklich, was so eine Regierung verfolgt! — und andere Blätter berichten:

„Der Aufbruch unter den Reservisten ist nachweislich angegangen vom Choleriker Jäger, Bataillon. Das Militär sollte in Massenmärschen, die Marcellais fangen, die Stadt durchziehen, das allgemeine Sitzenrecht und die allgemeine Dienstpflicht fördern. Der Plan wurde im letzten Augenblick verworfen. Die wiederholten Verhöre der Soldaten blieben bis jetzt ohne Ergebnis, trotzdem den Gehändigten Begnadigung versprochen ist. Abmachungen zwischen den Mannschaften verschiedener Waffen und Korpsen haben nachweislich bestanden.“

Wir weisen dem gegenüber darauf hin, daß laut Bericht der „Alln. Ztg.“ die Sozialisten ausdrücklich die Soldaten aufgefordert haben, sich in ihre Kasernen zu begeben. Die „Magdeburgerische Zeitung“ meldet aus Brüssel:

„In sämtlichen Kasernen fanden heute Durchsuchungen statt. Es wurden viele sozialistische Schriften beschlagnahmt. Die „Reforme“ giebt die Zahl der Soldaten, welche an der Meuterei theilnahmen, auf 700 an.“

Dinterher will man die Affäre natürlich benützen, um den Sozialisten etwas anzuhängen. Wenn die Soldaten in Belgien sozialistische Schriften lesen — nun, darüber hat man in anderen Ländern eben andere Begriffe, als im lieben Deutschland.

Zur Affäre Lushy. Der gestern von uns erwähnte Protest russischer und polnischer Sozialisten in Paris lautet:

Der russische politische Flüchtling Wladimir Lushy, welcher in neuerer Zeit das Amt eines Ober-Ingenieurs der See-Abtheilung in Bulgarien bekleidete, ist am 12. Dez. vorigen Jahres von Agenten der russischen Polizei in den Straßen von Konstantinopel ergriffen und sofort nach Rußland transportirt worden.

Um diesen unerhörten Akt vor der zivilisirten Welt zu rechtfertigen und um die öffentliche Meinung Europas irre

zu führen, hat die türkische Regierung, unter dem Einfluß der russischen Gesandtschaft in Konstantinopel folgendes Telegramm verbreitet:

Konstantinopel, den 9. Januar.
Offizielle Mittheilung.

Der in Konstantinopel verhaftete Lushy ist ein Terrorist und in mehrere verbrecherische (kriminelle) Unternehmungen und Handlungen in Rußland verwickelt, von wo er nach Bulgarien flüchtete. Da die russische Polizei mit überwältigenden Beweisen ausgerüstet auf ihn als einen gemeinen Verbrecher sahndete, hatte die türkische Regierung und Justiz sich nicht in die Sache zu mischen; die russischen Konsularbehörden schritten zu seiner Verhaftung, indem sie der türkischen Polizei, den Kapitulationen (Verträgen) gemäß Nachricht davon gaben. Die ausländischen Konsulate haben das Recht, ihre betreffenden Staatsangehörigen zu verhaften. Die türkische Regierung hatte keinen Grund, Lushy als politischen Verbrecher zu betrachten.

Dieses Telegramm enthält kein wahres Wort. Unser Freund und Erbs-Genosse, Wladimir Lushy, war in Rußland ausschließlich seiner politischen Ideen wegen verfolgt worden. Während der zehn Jahre seines Flüchtlingslebens wohnte er öffentlich in verschiedenen Ländern und die russische Regierung hat niemals seine Auslieferung verlangt.

Nach Konstantinopel durch eine gefälschte Depesche berufen, die mit dem Namen eines seiner Freunde unterzeichnet war, fiel er in einen schändlichen Hinterhalt. Von der türkischen Polizei verhaftet, wurde er dieser durch eine Bande von 18 russischen Agenten entziffen. Die türkische Polizei gab sich willig zu diesem Menschenraub her.

In Anbetracht dieser Thatsachen protestiren wir, die Unterzeichneten, die wir unserer politischen Anschauungen wegen verfolgt sind und gegenwärtig die Gastfreundschaft Frankreich genießen, mit aller Energie gegen die Verläumdungen, deren Ziel unser Freund Lushy in der obigen Depesche ist; und wir hoffen, daß die ehrenhaften Menschen aller Länder, ohne Unterschied des Parteistandpunktes, unsere Entrüstung über die von der russischen Regierung gegen ihre politischen Widersacher angewandten Mittel theilen werden.

Lavrov. Ahtinazi. Bed. Blumenfeld. Belsky. Cron. Krenkel. Feodorowa. Katala. Onatowsky. Grigoriew. Gurewitsch. Lazarewitsch. Lubowitsch. Anna. Orloff. Ostroff. Panutina. Sophie. Polonska. Marina. Pochitonowa. Anastasia. E. Kubanowitsch. Kubleff. Serebriatoff. Serebriatowa. Katerina. Kaban. Semenowitsch. Semenowitsch. Dora. Scheinzig. Sophie. Katchewa. Alexandra.

Polnische Flüchtlinge:

S. Danm. Dembsky. Polak. Wognarowska. Cesarina.

Wir schließen uns von ganzem Herzen dem Protest der russischen Revolutionäre gegen die ungeschickliche Verhaftung Wladimir Lushy's an, den wir während mehrerer Jahre als politischen Flüchtling gekannt haben. Wir betrachten diese von der russischen Regierung auf türkischem Gebiet bewerkstelligte Verhaftung als eine flagranten und schmachvolle Verletzung des Völkerrechts.

Für die polnisch-nationale sozialistische Partei die politischen Flüchtlinge:
Dr. Woleski. Simonowitsch. Dr. A. Stotnicki.
H. Baranski, Redakteur des sozialistischen polnischen Organs „Poludka“.
Paris, den 25. Januar 1891.

Das Schriftstück bedarf keiner Erläuterung. Unsere Leser sind über die brutale Verletzung des Völkerrechts, von der es handelt, unterrichtet. Inzwischen ist die Angelegenheit noch in kein neues Stadium getreten. Die englische Regierung hat in der Sache „Anfragen“ in Petersburg und Konstantinopel gestellt. — Lushy ist aber noch immer in den Klauen seiner barbarischen Verfolger.

Die französischen Pfaffen sind schlau und duden sich unter der Republik. Lavignerie, der bekannte Kardinal, hat einen langen Hirtendirektiven erlassen, in dem er eine große katholische Union empfiehlt, die die Republik anerkennt soll. Auch der Papst soll Lavignerie beistimmen und gesagt haben, an den jungen Männern sei es, eine Republik mit einfachen guten Gesetzen zu gründen. Die gute Republik liebt, heißt die schlechte bekämpfen. Wenn man etwas Besseres schaffen könne als eine Republik, so sei es gut, wenn nicht, so müsse man die annehmen. Die Monarchisten sind in Verlegenheit und wissen nicht mehr, was sie gegen die mit dem Wehredel eingeseugte Republik ferner noch unternehmen sollen. Den französischen „republikanischen“ Bourgeois sind die Pfaffen als Bundesgenossen gegen den Sozialismus natürlich willkommen.

Das große Geheimniß des Herrn Parnell ist nun geoffenbart. Es ist ein Ausgleich unter den Iren getroffen worden, demzufolge Mac Carthy Führer der gesammten Irenpartei wird, Parnell und O'Brien aber nach Amerika gehen, um Gelder aufzubringen. Dem „Standard“ zufolge hätten die liberalen Führer dem künftigen irischen Parlament die Kontrolle der Polizei und die Lösung der Bodenfrage zugestanden, falls dieselbe nicht vorher vom englischen Gesamtparlament gelöst sei. Diese vorherige Lösung werden sich die englischen Lords im Interesse ihrer Grundrente wohl sehr angelegen sein lassen und den Iren wird wahrscheinlich wieder das Nachsehen bleiben.

Britische Soldaten haben auf den Bermudas-Inseln Ausschreitungen begangen. Seitdem das Leicester-Regiment in Bermuda am 22. Januar davon Kunde erhalten hat, daß es nach Halifax übersiedeln solle, soll sich dasselbe fast in offenem Aufbruch befinden. Schon vorher hatten einige Soldaten des genannten Regiments mehrere benutzte Matrosen von den Kriegsschiffen „Ready“ und „Forward“ angegriffen, und nur weil einige Einwohner von Hamilton den Matrosen zu Hilfe kamen, konnten die Soldaten in ihre Kasernen zurückgetrieben werden. Am Abend des folgenden Tages legten sich 100 mit Stöcken und Eisenstangen bewaffnete Soldaten und Unteroffiziere in den Hinterhalt, um die Dockarbeiter anzugreifen. Der Plan wurde jedoch entwirrt und die Ausführung desselben durch eine Abtheilung Grenadiere (welche bekanntlich zur Strafe in Bermuda sind) verhindert. Die Grenadiere begleiteten mit aufgespangtem Bajonnet die Arbeiter nach Hause, wobei die Soldaten des Leicester-Regiments zurückgetrieben werden mußten. Die Einwohner von Halifax haben die englischen Behörden ge-

beten, sie mit den meuterischen Soldaten zu verschonen, zumal das betreffende Regiment schon früher in Halifax gelegen hat und sich dort sehr unbeliebt gemacht haben soll. Das Gefindel, das sich vielfach unter den angeworbenen britischen Kolonialtruppen befindet, ist naturgemäß den Arbeitern feindlich gesinnt.

Der Höchste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat sich in der Streitfrage, betreffend das Behring's Meer, die von der englischen Regierung vor ihn gebracht worden ist, für kompetent und damit das Verfahren Englands zur Herbeiführung eines richterlichen Ausgleichs für korrekt erklärt. Es ist dies einmal ein Vorkommniß, das man, ohne schamroth zu werden, einen Sieg des Rechts nennen kann. Und eine schallende Ohrfeige für den amerikanischen Radaupolitiker Blaine. —

Neueste Nachrichten. Wieder ein Minister gefallen — der österreichische Finanzminister, von Dunajewski. Grund: Kränklichkeit des Mannes und der von ihm verwalteten Finanzen. Natürlich fehlt es nicht an den besondern Auszeichnungen, welche bei solchen politischen Menschenopfern Usus sind. — Aus Hamburg wird telegraphirt:

Die „Hamburger Badefahrt-Alliengeellschaft“ sandte ein Rundschreiben an ihre sämtlichen Agenten, in welchem mitgetheilt wird, daß die Gesellschaft Passagiere deutscher Nationalität nach Brasilien nicht befördert. Die Agenten werden angewiesen, jedes derartige Gesuch unbedingt abzulehnen.

Nun, damit ist der Seelenverkäufer ein Kanal verstopft — wenigstens auf dem Papier; aber es giebt noch viele andere Kanäle. Also nach wie vor auf der Out vor den Händlern mit Menschenfleisch! — Das englische Unterhaus, das vor einigen Tagen einen Antrag auf Befreiung der Ueberstunden-Arbeit im Eisenbahndienst angenommen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dies eine Errungenschaft des schottischen Eisenbahnstreiks ist, und das Weitere ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß das Parlament in dieser Sache gesetzgeberisch vorgehen wird, und zwar im Sinn der Ausständischen. —

Der Herzog von Lauenburg veröffentlicht in seinem Hamburger Blatt zwei Erklärungen; in der einen leugnet er, daß er Vauengüter habe parzellieren wollen; in der anderen, daß er in der famosen Stempelerlaß-Affäre den preussischen Fiskus geschädigt habe. Lauenburg sei, als er das Fideikommiß gegründet — 1872 — noch nicht preussisch gewesen.

Aber hat er den Stempel bezahlt? —

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Röthen. Zum Kampf der Schule gegen die Sozialdemokratie und den etwaigen Ausschichten auf dabei zu erringende Vorbeeren wirft folgendes Vorkommniß ein bezeichnendes Licht:

Im anhaltischen Lehrerseminar zu Köthen hat eine Disziplinär-Untersuchung gegen Schüler der zweiten Seminarstufe wegen sozialdemokratischer Umtriebe begonnen. Die Schüler, im Durchschnitt neunzehn bis zwanzig Jahre, sind verdächtig, sich durch Anbahnung an sozialdemokratischen Versammlungen, durch Bezug sozialdemokratischer Schriften sowie durch Agitation innerhalb und außerhalb des Seminars an der sozialdemokratischen Propaganda praktisch betheilig zu haben. Einer der Schüler, Otto Friedrich, entzog sich der drohenden Relegation durch schleunigen Austritt aus dem Seminar. Bei dem ganzen Vorkommniß muß noch besonders hervorgehoben werden, daß das Köthener Seminar als Alumnat eingerichtet ist, in dem die Zöglinge einer fast militärischen Kontrolle unterworfen sind.

Als selbst die militärisch organisierte Absperrung hat die Seminarzöglinge nicht vor dem „sozialistischen Gift“ bewahren können! Schrecklich! Ja, ja, der Kampf gegen den Geist der Zeit, der durch alle Röhren und Poren dringt, ist etwas schwerer, als die Gegner sich gemeinschaftlich einbildeten.

Der Direktor des Seminars hat infolge dieses Vorkommnisses, das zuerst von der „Zit. Ztg.“ veröffentlicht wurde, die Rose voll bekommen und veröffentlicht in der Köthener Zeitung eine weinige „Richtigstellung“. Die Richtigstellung besätigt in aller Form, obwohl der Direktor die ganze Sache auf das literarische Gebiet hinausspielen versucht, das Thatsächliche des Vorkommnisses. Noch deutlicher aber wird es klar, daß es sich bei der Disziplinäruntersuchung um Furcht vor dem Eindringen der sozialdemokratischen Lehren in das Seminar handelt, wenn man die Art und den Gang der Untersuchung beachtlichigt:

Am Sonntag, den 28. d. M., nachdem die größere Zahl der Seminaristen den Speisesaal verlassen hatte, mußte jeder der Schüler der 2. Klasse seine Schlüssel abliefern. Dann begab sich jeder auf Befehl des Direktors in das Klassenzimmer, wo denselben ein Wagen aufgestellt wurde, auf dem folgende 7 Fragen beantwortet sollten:

1. Haben Sie sozialdemokratische Schriften vorgelesen, resp. in Ihrem Zimmer verbreitet?
2. Hat man in Ihrem Zimmer viel über Sozialdemokratie gesprochen?
3. Wer hat sich besonders darin hervorgethan?
4. Haben Sie sich viel mit den Werken neuerer Dichter beschäftigt?
5. Haben Sie in Ihrer Heimath selbst Versammlungen geleitet resp. einderufen, und was haben Sie in denselben behandelt?
6. Haben Sie mit Sozialdemokraten in Verbindung gestanden und durch wen sind Sie zur Sozialdemokratie gekommen?
7. Haben Sie hier und anderwärts sozialdemokratische Versammlungen besucht?

Der Herr Direktor heint wird über die Beantwortung der Fragen, besonders durch Genossen Friedrich, nicht sehr erbaudt gewesen sein. Vor Schreck aber würde er umfallen, wenn er jetzt erfährt, daß Genosse Friedrich heimlich, aber regelmäßig die Versammlungen der Köthener Genossen besucht hat, und daß derselbe unter denselben eine angesehene Vertrauensstellung eingenommen hatte.

Stahfurt. Glücklich hat auch unser Städtchen seinen Verein zur Bekämpfung der Sozialdemokratie; wenigstens dieser Zweck nicht offiziell angegeben wird, so wird doch in seinem Statut gesagt, daß es Zweck der vaterländischen Vereinigung sei, Mitglieder der verschiedenen Berufsstände einander näher zu bringen, (?) und sich die Pflege vaterländischer Gesinnung sowie gesunder Anschauung über zeitvergehende Fragen anlegen sein zu lassen. Man will zu diesem Zwecke Vorträge halten auf allen Gebieten des vaterländischen, religiös-sittlichen, volkswirtschaftlichen und sozialen Wissens. Auch rein politische oder konfessionelle Streitfragen sollen unberührt bleiben. An Mitgliederbeiträgen ist für jeden Verein, der dieser Vereinigung beiträgt,

An die Wähler des 21. Kommunal-Wahlbezirkes.

Am 16. Februar findet in unserem Wahlbezirk eine Ersatzwahl für die Stadtvertretung statt.

Eine Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 3. Wahlkreis hat mit großer Einmütigkeit beschlossen, mit aller Kraft in die Wahlagitiation einzutreten und hat die Leitung der Wahlbewegung dem Vorstand des Vereins übertragen.

Genossen, die Zeit ist so günstig wie nie, um auch in diesem Bezirk Vorschläge in die freisinnige Majorität zu legen. Das frivole Gebahren der Bourgeoisvertreter im rothen Hause allen Anforderungen der Arbeiter gegenüber, ihre reaktionäre Furcht vor den beschärfenden Reformen, ihre unorgellose Haltung in der Nothstands-Debatte, haben auch dem Blödesten die Augen geöffnet.

Das Proletariat ist herausgefordert worden — es wird auf dem Platze sein.

Eine kurze Zeit trennt uns nur noch von dem Wahltag. Sie muß energisch ausgenutzt werden, verdoppelte Agitation muß die mangelnde Zeit ersetzen.

Wir erwarten von jedem Genossen, daß er seine Schuldigkeit in vollem Umfange thun wird.

Das Wahlkomitee.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

57. Sitzung vom 4. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Caprivi, von Marshall, von Boetticher, von Mahahn.
Der Abg. Müller-Marienwerder hat sein Reichstagsmandat niedergelegt.

Die zweite Beratung des Reichshaushaltsplans für 1891—92 wird fortgesetzt und zwar im Etat des Auswärtigen Amtes.

Es werden unter den einmaligen Ausgaben verlangt 302,500 M. Aufschuß zur Befreiung der Verwaltungsausgaben im südafrikanischen Schutzgebiete, das heißt 25,500 M. mehr als bisher.

Die Abgg. Richter und Bamberger beantragen die Mehrforderung zu streichen, während die Budgetkommission die Bewilligung beantragt.

Abg. Bamberger (Df.): Wir beantragen zunächst die Streichung der Mehrforderung, behalten uns aber vor, gegen die ganze Forderung überhaupt zu stimmen. Die Mehrforderung ist gar nicht ausreichend begründet. Es soll der Ansiedlung deutscher Landwirthe in Südwest-Afrika der Boden geboten werden durch Errichtung einer Schutzstation. Gerade hier in Südwest-Afrika soll der erste Versuch gemacht werden; das ist wirklich, um mit dem Reichsgericht zu sprechen, ein vergeblicher Versuch mit ungeeigneten Mitteln an einem ungeeigneten Objekt. Die für die dortige Gegend geeignete Gesellschaft hat keine Ergebnisse aufzuweisen; sie hat einen großen Theil ihres Kapitals verzehrt, den Rest in Konjoks angelegt. Man hatte zuerst die Absicht, von Südwest-Afrika Fischgründe nach Europa einzuführen. Dann kam die Hoffnung auf Metallgewinnung, aber wie soll diese begonnen werden, bei dem wüsten Land, bei dem Mangel an Holz und Kohlen. Die Interessen der Gesellschaft sollte ich geschädigt haben, wie mit der früheren Reichsregierung vorwarf, als ich über die Mineralprospektion sprach, welche an eine englische Gesellschaft verkauft werden sollten. Wenn die Regierung jetzt gestatten wollte, die Konzeption zu verkaufen, dann werden sich daraus die Kosten der Schutztruppe decken lassen. Wenn das nicht geschieht, so läßt sich gar nicht absehen, wie die Dinge sich entwickeln sollen und wann das Reich jemals sein Geld von der Gesellschaft bekommen wird. Deshalb werden wir gegen die Ausgabe stimmen.

Abg. Hammacher (nationall.): Nicht bloß die südwestafrikanische Gesellschaft besitzt Mineralprospektionen in Südwest-Afrika. Wenn sie die Mineralprospektionen in Verhandlung mit einer englischen Gesellschaft schenken, verkauft, dann bleibt sie doch noch im Besitz erheblichen Eigentums. Durch die Vermittelung des Kolonialvereins wurde ein Konsortium gebildet, welches das Eigentum des Herrn Lüderitz, der in Verlegenheit gekommen war, ankaufte; der jetzige Finanzminister Miquel und ich, wir beide haben uns bemüht, das notwendige Kapital zu sammeln zu bringen. Die Gesellschaft hat dann Gelder aufgewendet zur Erforschung des Landes nach wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Seite hin. Alle diese Unternehmungen haben gelitten unter dem Mißgeschick, an welchem das Auswärtige Amt nicht ganz unschuldig ist. Es gelang dem Kommandanten, die Mineralprospektionen dem Abenteurer Lewis noch einmal zu verkaufen, woraus alljährlich Streitigkeiten entstanden, welche die Durchforschung und Aufbarmachung in wirtschaftlicher Beziehung verhindert haben. Die klimatischen Verhältnisse sind ungefähr dieselben wie in Transvaal; wenn die Bergwerke ausgebeutet werden und die Landwirtschaft sich entwickelt, so ist die Hoffnung auf eine gedeihliche Entwicklung der Kolonie vorhanden. Herr Bamberger, der hervorragendste Vertreter der Goldwahrung, möchte doch errent sein, wenn eine neue Luella der Goldproduktion gefunden würde. Ich hoffe, daß der Reichskanzler sich darüber erklärt, ob die Nachricht richtig ist, daß er Südwest-Afrika nur als Tauschobjekt betrachtet. Die Gesellschaft, welcher jetzt die Unterstützung gewährt werden soll, kann nur auf diese Weise zu den für ihren Betrieb nötigen Mitteln gelangen und nur auf diese Weise die Kulturaufgabe lösen, die sie im nationalen Interesse zu lösen bereit ist. (Beifall.)

Abg. Windthorst (Z.): Wir haben uns einmal in Südwest-Afrika eingerichtet, also können wir nicht ohne weiteres zurück. Herr Bamberger will dort Alles aufgeben; wenn die Regierung uns das vorschlägt, werden wir ja sagen. Die Mehrforderung ist notwendig, und wir werden sie bewilligen. Wenn wir einen Kolonialkanzler hätten, der ein Kolonialschwärmer wäre, dann würde ich auch bedenklich sein. Aber der jetzige Reichskanzler hat bewiesen, daß er die Sache sehr nüchtern betrachtet. Ich nehme an, daß die Bewilligung nicht für die Dauer, sondern höchstens für eine Reihe von Jahren erfolgen soll, um Versuche zu machen, ob wir Landwirthe in Südwest-Afrika ansiedeln können. Ich betrachte die Sache nur als eine provisorische, die bewilligt wird im Vertrauen zur Führung des Reichskanzlers.

*) Die nähere Angabe, bei welchen Vertrauensleuten sich diejenigen Genossen, welche sich an der Agitation beteiligen wollen, zu melden haben, findet sich in dem Bericht über die Versammlung des 3. Wahlkreises.

Reichskanzler v. Caprivi: Der südwestafrikanischen Kolonie stehe ich kühl gegenüber und bekenne, daß sie mir manche Sorge gemacht hat. Bei der Entdeckung der Kolonien, welche ja immer Kinder der Phantasie und des Gefühls sind, ist es begreiflich, daß Umschläge vorkommen in der öffentlichen Meinung. Südwest-Afrika wurde zuerst als ein Paradies geschildert, in welches Hunderttausende auswandern können. Jetzt herrscht die pessimistische Stimmung vor. Die Regierung hält an den Traditionen ihres Vorgängers fest. In den Motiven des Gesetzes von 1889, durch welches der Reichskommissar eingesetzt wurde, ist ausgeführt, daß derselbe sich in die Streitigkeiten der Eingeborenen nicht einmischen, sondern nur die Weihen schätzen soll. Daß ich Südwest-Afrika als Tauschobjekt betrachte, ist eine Nachricht, die zu den massenhaften Fabeln gehört, die jetzt verbreitet werden. Bei meiner Enthaltenspolitik der Presse gegenüber hätte man doch gar nicht danach fragen sollen, ob an dieser Meinung etwas ist. (Weiterle.) Der Reichskommissar mit seinen fünfzig früher berittenen, jetzt allmählich unberitten gewordenen Polizisten, hat seine Funktionen vorzüglich ausgeübt. Er ist ein preussischer Offizier, und aus seinen Berichten ersehe ich, daß es ihm schwerer geworden ist, nicht zu schießen als zu schießen. Was soll denn auch entstehen, wenn er sich einmischen wollte in die Streitigkeiten zweier Völkerschaften von 80 000 beziehungsweise 12 000 Seelen. Whitbooy, der dort aufgetreten ist als Krieger und Prophet, hat sich in einem Fesselnest festgesetzt; er hat eine große Truppe zusammengebracht, welche gut bewaffnet und dank der Freundschaft unserer Nachbarn auch gut mit Munition versehen ist. Wenn der Hunger ihn treibt, geht er auf Raub aus. So hat er im Herbst vorigen Jahres die Hereros ihrer Herden beraubt. Die Schutztruppe hat mit Gewehr bei Fuß dabeigestanden. Was hätte auch herauskommen sollen, wenn sie das Schießen gekriegt hätte. Was sollen 50 Hinterläder gegen 450 bis 500 machen, selbst wenn die Schießausbildung der Deutschen die bessere ist. Hauptmann v. François würde gerne eine entscheidende Schlacht geliefert haben; aber was sollte geschehen, wenn er siegt? Wie viel Mann würde er von seiner Truppe übrig behalten? Und wie soll er sich im Lande halten, bis wir ihm neue Verpflegung gesandt haben? Man wird sagen, kann man die Hereros nicht zu unseren Freunden und Bundesgenossen machen? Der Hauptmann v. François bedankt sich dafür, denn die Hereros haben sich durch einen hohen Grad von Vorsicht ausgezeichnet. Keinem Weissen ist ein Haar gekrümmt worden, einen solchen Respekt hat selbst Whitbooy vor der Schutztruppe gehabt. Die Hereros haben sich in die Häuser der Weissen geflüchtet, trotzdem sie 80 000 sind gegen die angreifenden 12 000. Für diese Leute deutsches Blut zu vergießen, ist nicht angebracht, nachdem die Hereros sich uns gegenüber so unschuldig benommen haben. Nichtsdestoweniger würde eine Verneuerung der Schutztruppe seitens der Regierung auch gebilligt werden, wenn etwas zu schützen vorhanden wäre. Ich bleibe auf dem Grundsatz meines Vorgängers stehen: Erst muß etwas zu schützen da sein, dann kommt eine Schutztruppe dahin. Wenn es anders wäre, dann könnten wir bald ein paar Kolonial-Armeekorps aufstellen. Wir sehen das nächste Jahr nur als ein Versuchsjahr an und warten, was die Zukunft uns lehren wird. Der gegenwärtige Zustand ist nicht haltbar; wir werden im nächsten Jahr sehen, wie sich die Kolonie entwickelt. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (Df.): Der Abg. Windthorst will die Sache als eine Vertrauensfrage für den jetzigen Reichskanzler ansetzen. Von einem solchen hohen Vertrauen können wir uns nicht leisten lassen, denn wir wissen nicht, wer später Reichskanzler wird. Man will landwirtschaftliche Arbeiter nach Südwest-Afrika bringen, trotzdem man in Teuschland an landwirtschaftlichen Arbeitern Mangel leidet und deshalb die Sachseingängerei unterdrücken möchte. Es soll für die Zukunft über die dortigen Verhältnisse nicht eine Regierungskommission eingerichtet werden, für welche die Regierung die Verantwortlichkeit übernehmen würde, sondern ein Privatmann soll unterstellt werden, damit er den Einwanderern Auskunft giebt. Welche Aussicht hat die Landwirtschaft dort? Wenn auch da allerlei wächst, so ist doch kein Absatz da, kein Ausverkauf, keine Verbindung mit Europa, und wie der Reichskanzler beschaffen ist, hat der Reichskanzler durch seine Bemerkungen über die Schutztruppe dargegeben. Man sagt, es beschäme das Aussehen einer großen Nation, eine Kolonie preis zu geben. Ja, wenn dies aus Schwäche geschieht, aber nicht, wenn wir es in eigenem Interesse thun. Die Karolineninsel, Witu u. haben wir aufgegeben, ohne daß es uns etwas geschadet hätte. Die Gesellschaft behauptet, Wache zu stehen bei dieser Kolonie. Sie steht hier in Berlin Wache, in Südwest-Afrika verwendet sie auch nicht eine Mark. Man kann eher ihr den Vorwurf der Unthätigkeit machen, als der Regierung, welcher ich es hoch anrechne, daß sie so vorsichtig bezüglich der Schutztruppe gewesen ist. Man sagt, die Landwirtschaft würde sehr leicht sein, wenn nur das Wasser nicht fehlte. Ja, wenn man Wasser hätte, könnte auch aus der Wüste Sahara etwas gemacht werden. (Weiterle.) Die Unhaltbarkeit der Verhältnisse liegt auf der Hand. Warum die Entscheidung noch um ein Jahr hinausgeschoben? (Beifall links.)

Abg. v. Vollmar (Soz.): Südwest-Afrika ist der schwächste Punkt, die eigentliche partie honteuse unserer Kolonialpolitik. Herr Hammacher giebt selbst zu, daß in diesem Lande, das uns als Goldland, als neues Paradies geschildert wurde, eigentlich nichts zu holen ist. Die Regierung selbst erkennt die Verhältnisse als unhaltbar und transitorisch an. Die südwestafrikanische Gesellschaft hätte doch das lebhafteste Interesse, die Verhältnisse als gut hier schildern zu lassen; aber man kann annehmen, daß die Ausführungen des Abgeordneten Hammacher eher noch rosig gefärbt waren, als daß er durch die schwarze Weile gesehen hätte. Da verliere ich nicht, wie man zu den bisherigen noch weitere Gelder bewilligen will. Eine traurigere Lage, als unsere Schutztruppe in Südwest-Afrika einnimmt, kann man sich kaum denken, und die meisten werden der Instruktion der Regierung zustimmen, welche der Schutztruppe vorschreibt, sich in nichts einzumengen, sondern auf ihre eigene Sicherheit Bedacht zu nehmen. Wo ist dann die Schutztruppe eigentlich da? Wir schließen mit den Eingeborenen Verträge und halten sie nicht. Wenn überhaupt etwas, so kann dies unser Prestige vernichten. Besonders ist die weitere Forderung von 25 500 M. zu bekämpfen, welche der Ansiedlung von deutschen Landwirthen den Boden ebnet soll. Nach den bisherigen Erfahrungen des Reichstags mit den Verhandlungen sogenannter Sachverständiger kann wenig Vertrauen im Hause herrschen darauf, daß Vortheile für die Landwirtschaft oder für die Viehzucht dort zu erhoffen seien. Die Herren von der Rechten und vom Zentrum suchen unsere Grenzen im Interesse der bedrängten Landwirtschaft den Produkten anderer Länder zu verschließen und wollen jetzt selbst unseren Produkten eine Konkurrenz im Auslande, in unseren Schutzgebieten, entstehen lassen. Herr Hammacher meint, das Land eigne sich zur Schafzucht, wie wird es denn aber mit dem Wollzol? Wenn die dortigen Schafzüchter ihre Produkte nach Deutschland einführen, werden sie es den Leuten gerade von Ihren nationalen Standpunkt nicht verargen können, daß Deutschland ihnen durch die Abnahme ihrer Produkte behilflich ist. Dann wird aber Ihre Patriotismus sehr schnell verschwinden und Sie würden die Produkte nicht über unsere Grenze lassen. Die Gründe des Zentrums für die Bewilligung sind wohl nur in Ermangelung von besseren angegeben worden. Sicherlich

würden Sie das Deutsche Reich durch das Auswerfen dieser Summe für die Zukunft engagieren. Auch Abg. Windthorst will erst den Zeitpunkt abwarten, wann die Regierung ein Juridgehen für geeignet hält. Er geht aber mit Bewilligung der 25 500 M. weiter. Wir sollten so schnell wie möglich jenes ausgezeichnete Besitztum loslagern und die Schutztruppe aus ihrer unerquicklichen Lage zurückziehen. Herr Hammacher sagte, daß sei nicht so leicht, daß ein großes Volk einen derartigen vorwärts gethanen Schritt wieder zurückthue. Diese Art nationaler Auffassung verstehe ich nicht, daß man, wenn man einmal eine Dummheit gemacht hat, sie noch vergrößern muß. Gerade ein großes Gemeinwesen kann eher einen falschen Schritt zurückthun, was dem Kleinen leicht als Freigebit und Schwäche ausgelegt werden könnte. Für Größere gilt das Wort des Fürsten Bismarck: „Der Starke weicht muthig zurück!“ (Weiterle; Zwischenrufe: Das ist von Manteuffel!) England hat nie auf dem Standpunkt gestanden, daß da, wo einmal ein englischer Fuß hingetreten sei, ein Zurückgehen nicht mehr möglich sei. Man bestreite uns auf dieser Seite ein so feines Nationalgefühl, aber ich habe von dem deutschen Volke und dessen Aufgabe eine höhere Vorstellung, als daß ich ihm die Aufgabe zuweise, vor einem werthlosen Sandhaufen Schildwache zu stehen, und dafür ihm ganz gebürige Kosten auferlege.

Abg. Hammacher (natl.): In Südwest-Afrika befinden sich 17 Missionsstationen, welche des Schutzes bedürfen. Bei dem Verlauf von Minen handelt es sich nicht um alle Minen, sondern um einen Theil derselben. Dieser Verlauf würde die Gesellschaft in Stand setzen, ihre übrigen Bestrebungen mehr zu fördern, namentlich auch durch die Einrichtung einer Dampferlinie zur direkten Verbindung mit Europa. Uebrigens besteht bereits ein lebhafter Verkehr zwischen dem südlichen Theil der Kolonie und dem Kaplande, namentlich mit Kimberley. Daß sich Goldminen in Südwest-Afrika befinden, behaupten die Geologen in Folge der Konfiguration des Landes, behaupten die Geologen von Transvaal vollständig gleich. Die Schwierigkeiten, welche in Südwest-Afrika zu überwinden sind, sind noch sehr groß, aber man kann nicht daran zweifeln, daß wir zu besseren Ergebnissen kommen werden, wir dürfen nur jetzt nicht die Hülfe ins Korn werfen. (Beifall rechts.)

Nach einer mehr persönlichen Bemerkung des Abg. Windthorst weist

Abg. Richter darauf hin, daß allerdings in Südwest-Afrika evangelische Missionen bestehen; aber nachdem die Kapregierung erklärt hatte, daß sie diese Missionen nicht schützen könne, wurde die Forderung gehit, aber die deutsche Regierung konnte die Missionen auch nicht schützen, was bei der zerstreuten Lage von 17 Stationen auf 15 000 Quadratmeilen überhaupt nicht möglich ist. Wenn sich Leute gefunden haben, welche die Sache in die Hand nehmen wollen, dann müßte die Regierung nur schnell zugreifen, denn schon morgen könnte es die Herren gereuen.

Abg. v. Vollmar: Wenn die Kolonie in Südwest-Afrika eine Erwerbung der diplomatischen Kunst des Fürsten Bismarck ist, dann sollte man sie ihm als Nationalgeschenk übergeben. (Weiterle.)

Der Antrag Bamberger wird darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und einiger Zentrumsleute abgelehnt; die Mehrforderung wird bewilligt.

Für Maßregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutze der deutschen Interessen in Ostafrika werden 3 500 000 M. gefordert.

Die Budgetkommission, über deren Verhandlungen der Referent Prinz Krenenberg eingehend berichtet, beantragt die Streichung von 1 000 000 Mark. Mit der Debatte über diesen Titel wird die erste Beratung der Vorlage betreffend die kaiserliche Schutztruppe für Ostafrika verbunden.

Abg. Bamberger (Df.): Als der neue Reichskanzler sein Amt antrat, wurde von unserer Seite der Vorschlag gemacht, unsere Beziehungen in Afrika auszugeben und die ganze Kolonialpolitik zu liquidieren. Bei dieser Stellung war es begreiflich, daß wir uns über das deutsch-englische Abkommen nicht ereifern konnten. Wir sind zufrieden, wenn recht viel Land von Ostafrika weggegeben wird. Die kaiserliche Regierung hat die Souveränität des deutschen Kaisers in Afrika verkündigt und damit die Solidarität zwischen dem Deutschen Reiche und den dortigen Kolonien. Damit ist der alte Boden der Kolonialpolitik verlassen, wonach es nur Schutzgebiete geben sollte. Die Tragweite dieser Aenderung in den staatsrechtlichen Beziehungen unserer überseeischen Erwerbungen zum Deutschen Reiche läßt sich gar nicht übersehen. Die Streitigkeiten zwischen Wilmann, Emin, Peters und Stokes zeigen an, daß die dortigen Verhältnisse ganz in der Hand dieser Männer liegen, denen man die Bezeichnung von Abenteurern in gutem Sinne beilegen muß. Peters ist eigentlich der Stifter unserer ganzen ostafrikanischen Kolonie, er ging auf eigene Faust nach Ostafrika und hat die Verträge mit den Negerkönigen abgeschlossen. Ich habe vor diesem Mann den Respekt, den man vor jedem Manne hat, der seinen Zweck erreicht hat. Ob Peters dem Reichskommissar als Gehilfe zur Seite gestellt wird, interessiert mich nicht; ebenso wenig will ich mich mit dem Streit zwischen Wilmann und Emin und zwischen Emin und Stokes beschäftigen. Soweit ich die Verhandlungen richtig aufgefaßt habe, soll der Küstenstreifen eigentliches Krongebiet sein; dahinter folgt das Schutzbereich, welches unter der Herrschaft der verchiedenen Häuptlinge steht, dahinter folgt dann das sogenannte Interessengebiet, eine völkerrechtliche Schöpfung neuester Art. Wird es möglich sein, diese Dreitheilung mit irgend einem praktischen Erfolge durchzuführen? Im Schutzbereich werden wohl besetzte Stationen angelegt werden müssen und das Interessengebiet wird nicht anders behandelt werden können; dadurch wird aber ein ganz ungeheures Gebiet unter die deutsche Herrschaft gestellt, was direkt in Widerspruch steht mit dem, was man früher von der Kolonialpolitik erwarten konnte. Vom Standpunkte der alten Kolonialpolitik aus können wir diese Neuorganisation nicht gutheißen. Das Reich hat die in Schwierigkeiten gerathene ostafrikanische Gesellschaft wieder frei gemacht; man hätte nun denken sollen, daß die Sache der Gesellschaft auf eigene Verantwortlichkeit überlassen würde. Von der Zentrumsfraktion würde dabei die ausdrückliche Erklärung abgegeben, daß man erwaarte, die Gesellschaft werde nun baldigt die Verwaltung übernehmen. Das ist nicht geschehen; wir haben uns immer weiter drängen lassen. Es wurden 400, dann 600 Mann Soldaten angeworben, die immer noch als Polizisten bezeichnet wurden. Und schließlich kam gerade bei dieser Kolonie das heraus, was man hatte vermeiden wollen, daß der Gewinn einer Privatgesellschaft zufällt, während das Reich die Kosten der Verwaltung trägt. Die Ergebnisse anderer Kolonialgebiete verlocken nicht besonders. Algier ist vor 60 Jahren von Frankreich erobert worden, und jetzt nach 80 Jahren zeigt es sich, daß diese Kolonie dem Mutterlande vier Milliarden gekostet hat, daß sie jetzt noch einen erheblichen Zuschuß erfordert, trotzdem dort 400 000 Europäer, nicht Franzosen, sondern Deutsche, Engländer u. s. w. wohnen. Das Verhältniß des Dr. Fischer über die Gesundheitsverhältnisse in Ostafrika ist angefochten worden. Ich berufe mich auf einen Kenner der Verhältnisse, der kein Gegner der Kolonien ist, Hans Meyer, der in letzter Zeit zuerst den

höchsten Gipfel des Kilimandscharo bestiegen hat, welcher den größten Teil von Ostafrika als unfruchtbar und ungesund bezeichnet; der europäische Bauer könne dort nicht leben, wo selbst die Neger vielfach am Fieber leiden. Kirchhofsluft wehe auf den meisten Stationen, alle zeigen ein hippokratisches Gesicht. Mit dieser Schilderung schließt ich, weil sie meine staatsrechtlichen Bedenken unterstützt. (Beifall links.)

Staatssekretär v. Marschall: Der Vordrucker fasst die Neuorganisation dahin auf, dass eine Unterscheidung zwischen den drei Theilen: der Städte, dem Schuttsgebiet und der Interessensphäre bestehen solle. Das ist nicht richtig. Der neuverordnete Schuttsstreifen und das alle Schuttsgebiete der ostafrikanischen Gesellschaft werden ganz gleichmäßig behandelt. Wenn die Interessensphäre eingezogen werden wird, hängt ganz davon ab, wie dieselbe thatsächlich okkupirt wird.

Gegen 5 Uhr wird die weitere Debatte bis Donnerstag 1 Uhr verlagert.

Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung vom 8. Februar, 12 Uhr.

Am Ministerische: von Götter, Herrfurth, von Verlepsch und Kommissarien.

Zur Verathung steht zunächst der Antrag des Abgeordneten Reichensperger, dass die Regierung den Grundsatze zur Geltung bringen werde, dass im Kaiserlichen Bezirke des Oberlandesgerichts zu Köln bei staatlich anerkannten Bedürfnisse katholische Pfarren kraft rechtlicher Verpflichtung neu zu errichten und die Pfarstellen überhaupt mit einem staatsmäßigen Gehalte auszuhalten sind.

Abg. Reichensperger (Z.): Die vorliegende Angelegenheit sei bereits vor einigen Jahrzehnten durch einen Beschluss des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses im Sinne des Antragstellers in Fluss gerathen; leider habe aber die Regierung bis jetzt noch keine Anstalt gemacht, die kirchlichen Verhältnisse in kirchlichen Gebieten zu verbessern, für die evangelische Kirche dagegen sei dort in den letzten Jahren sehr viel geschehen.

Minister von Götter: In einem Beschluss des Staatsministeriums von 1884 wurden gewisse Unbilligkeiten der rheinischen Kirchenzustände anerkannt, nicht aber eine rechtliche Verpflichtung des Staates; dieser sollte nur mit seinen Mitteln eintreten, um Härten auszugleichen, und es ist auch in einer Reihe von Fällen so verfahren worden, bis die bekannten kirchenspolitischen Wirren einen Stillstand verursachten. Es wird jetzt die Angelegenheit wieder aufgenommen werden. Ein Beschluss des Staatsministeriums vom November 1890 setzt bereits für eine Reihe von Kulturschulstellen eine erhöhte Befoldung fest. Ich bitte Sie also, den Antrag, der eine rechtliche Verpflichtung des Staates über den früheren Ministerialbeschluss hinaus annimmt, abzulehnen und sich mit der Erklärung zu begnügen, dass alle diejenigen Pfarren, für welche bisher die sogenannten 500 Francs-Gehalte nicht festgesetzt sind, demnächst im Staatshaushalt namentlich aufgeführt werden sollen. Damit schließt die Diskussion.

In dem Schlusswort betont **Abg. Reichensperger** die Nothwendigkeit der rechtlichen Anerkennung des Staates für die Errichtung von Pfarren zu sorgen und beantragt die Ueberweisung seines Antrages an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Auf Antrag des **Abg. Grafen Limburg-Stirum** beschließt das Haus mit Rücksicht auf die Erklärung des Ministers den Antrag Reichensperger der Regierung zur Ermüdung zu überweisen.

Es folgt die Verathung des Antrages **Schmidt-Eberfeld:** Die Regierung zu ersuchen, eine Sachverständigen-Kommission, bestehend aus Schulmännern, Industriellen und Ingenieuren, zu berufen zur Begutachtung der Organisation des gewerblichen Fachschulwesens in Preußen, zur Aufstellung von Grundsatzen über Zweck, Ziel und Lehrplan der betreffenden Schulen, über die Aufnahmebedingungen und über die aus einem Schluss-eramen der Anstalten entstehenden Berechtigungen, sowie über die Höhe der für die Fachschulen notwendigen Staatsunterstützungen.

Abg. Schmidt-Eberfeld: Allerdings scheint bereits eine Sachverständigen-Kommission für die Regelung des Fachschulwesens zu bestehen, aber von ihrer Wirksamkeit hat man noch nicht das Geringste gehört. Die Aufschlüsse, die uns der Etat über diese Schulen giebt, sind auch durchaus mangelhaft. Jedenfalls wären bei den angewendeten Mitteln die Resultate größer gewesen, wenn nicht vom grünen Tische aus, sondern durch sachverständige Kollegien das Fachschulwesen geregelt worden wäre. Die in Oesterreich bestehende Kommission für das Fachschulwesen hat die weitgehendsten Befugnisse und kann den Bedürfnissen des Gewerbestandes vollkommen Rechnung tragen. Man hat dort auch ein Zentralblatt für das gewerbliche Bildungswesen gegründet, welches die ganzen Verhandlungen in der Kommission der Öffentlichkeit übergibt. Bei uns ist namentlich die mittlere Fachschule schlecht behandelt worden, und erst in jüngster Zeit scheint man anzufangen, den trefflichen Vorschlägen des Vereins deutscher Ingenieure Folge zu geben. Aber durch eine rein bürokratische Verwaltung muss auf die Dauer Industrie und Gewerbe verkümmern, denn den zahlreichen Missethungen, die in letzter Zeit hervorgetreten sind, muss Abhilfe geschaffen werden.

Geh. Rath Läder: Die bei uns eingesetzte Kommission besteht wie in Oesterreich aus 20 Mitgliedern, die zum großen Theil auch Industrielle sind, und Berichte über ihre Sitzungen sind bereits in früheren Jahren im „Staatsanzeiger“ veröffentlicht worden. Es ist jetzt in Erwägung genommen, die Kommission wieder zusammenzusetzen zu lassen und sie durch Industrielle wieder zu verstärken. Eine in kurzer Zeit erscheinende umfangreiche Denkschrift wird den Wünschen des Vordruckers im Einzelnen näher treten.

Abg. v. Schendendorff erklärt, der Tendenz des Antrages Schmidt-Eberfeld zustimmen zu können. Auch er wünsche, dass die Entlohnung des Fachschulwesens bei uns einen schnelleren Gang gehe. Es sei aber in den letzten Jahren unendlich viel für unser Fach- und Fortbildungswesen geschehen. Der Lehrer an solchen Schulen würde man sich durch eine feste Anstellung derselben annehmen müssen. Redner wünscht die Ueberweisung des Antrages an die Unterrichts-Kommission.

Minister v. Verlepsch: Ich kam zu dem Antrage nur erklären, dass ich mit den Gedanken derselben insofern einverstanden bin, dass das Handelsministerium sich mit den sachverständigen Kreisen stets in Fühlung halten muss. Die Kommission, die diese Aufgabe zu erfüllen haben wird, wird nicht nur zur Verathung der Denkschrift zusammenzutreten, sondern ich werde sie auch in wichtigen Fragen hören. Auch jetzt sind schon mehrere Handwerker in dieser Kommission. Ich hoffe, dass die Wirksamkeit derselben in Zukunft eine größere sein wird als bisher, aber mehr als begutachtende Funktionen würde ich ihr nicht beilegen wollen, denn die Verwaltung muss schließlich doch die Verantwortung übernehmen. Das preussische gewerbliche Unterrichtswesen ist durchaus nicht als ein mangelhaftes anzusehen; wenn es noch nicht die Stufe erreicht hat, die auch ich zu erreichen wünsche, so liegt das allein an den bisher bewilligten geringen Mitteln.

Abg. Graf Limburg-Stirum: Ich habe große Bedenken gegen die Wirksamkeit einer Kommission, wie sie vom Abg. Schmidt gewünscht wird; überhaupt scheint man auf die Verweisung großer Kommissionen jetzt zu viel Werth zu legen. Wenn dem Antrage Schmidt Folge gegeben würde, würde der Staat wieder erhebliche Geldmittel bereit stellen müssen, aber für die Bewilligung solcher sind die Freunde des Abg. Schmidt sonst nicht bereit.

Abg. Wess (Zentr.) spricht sich für den Antrag aus, obgleich er der Wirksamkeit der Kommission nicht die Nothe bemessen könne, wie der Antragsteller. Es würde immer auf den Minister ankommen und von diesem hätte das gewerbliche Fachschulwesen in Zukunft viel zu erwarten.

Abg. Wegner (Zentr.) beantragt, in die vom Abg. Schmidt vorgeschlagene Sachverständigenkommission auch Handwerker anzuschließen.

Nach einem kurzen Schlusswort des Abg. Schmidt wird der Antrag auf Ueberweisung des Antrages Schmidt an die Unterrichts-Kommission abgelehnt und darauf der Antrag selbst durch die Stimmen der Konservativen und Freikonservativen und einiger Nationalliberalen abgelehnt.

Schluss 3 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Widerschadenantrag.)

Lokales.

Wenn die holden Frühlingslüfte und der goldene Sonnenschein, welche gegenwärtig die reinlichen Straßen Berlins durchkäufeln und durchhitzen, auch nicht geeignet sind, die kurrrenden Mägen der Arbeitslosen, deren Zahl nun doch hoffentlich bald polgütlich festgesetzt sein wird, zu befriedigen, so erfüllen sie doch das Herz mit Hoffnung und der gesunkene Muth beginnt sich wieder ein wenig zu heben. Dies kommt den Herrn Liberalen ungemie zu passe und sie benutzen das plötzlich eingetretene „Lenzefahren“, um, nachdem durch die lauen Frühlingslüfte die Schneemassen losgerollt aus den Straßen Berlins entfernt worden sind, und damit die zunächst liegende Möglichkeit, die Arbeitslosen Berlins auf Kosten der Stadt zu beschäftigen, beseitigt ist, die Arbeitslosen und Nothleidenden durch Vormalen einer glücklichen, d. h. verdienten und arbeitsreichen Zukunft über ihren gegenwärtigen Nothstand liberal hinwegzuhelfen, zum wenigsten die Arbeitslosen des Baugewerbes, die ja zuweilen im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen, wenigstens auch andere Gewerbe ebenso unter der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und infolge dessen unter der dadurch bedingten Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Durch die liberalen Zeitungen gehen jetzt des Letzteren Notizen, die Konjunktur des kommenden Baujahres betreffend, welches in rosigter Beleuchtung dargestellt wird. Da weiß man zu erzählen von der großen Bauthätigkeit, welche mit dem Eintritte des Frühjahres in Berlin einhalten und den nothleidenden Arbeitern Arbeit und Verdienst in Hülle und Fülle geben wird. Da weiß man zu berichten von großen Kommunalbauten, welche ausgeführt werden sollen, von einer großen privaten Bauthätigkeit, die besonders auf verschiedenen Punkten der Stadt in Aussicht steht. Andererseits will man bei der Bau-Polizeibehörde daraus hinwirken, dass ein beschleunigter Verfahren bei der Ertheilung der Baulosen Pläne greife, um eine regere Bauthätigkeit zu ermöglichen. Alle solche Mittheilungen sind wohl geeignet, die öffentliche Meinung dahin zu beeinflussen, dass mit dem kommenden Frühjahre für die Bauhandwerker ein sehr günstiger Zeitschnitt beginnen werde, eine Zeit, in welcher für sie Milch und Honig fließen wird. Es ist nicht zu leugnen, dass von jener Seite recht geschickt manövriert wird, denn ebenso wird durch eine derartige Zukunftsmuss die öffentliche Aufmerksamkeit mehr und mehr von dem „Nothstande“ abgelenkt und der schlechte Eindruck, den die „Nothstandsdebatte“ im „Roten Hause“ hervorgerufen, mehr und mehr verwischt und abgeschwächt — in Aussicht auf die kommenden „guten Tage“ können die Arbeiter getrost weiter hungern —, und zweitens wird der öffentlichen Meinung gegenüber von vornherein allen etwaigen Klagen und Forderungen der Bau-Arbeiter die Verhöhnung entgegen. Und dies ist wohl der hauptsächlichste Zweck, der mit dieser Manipulation befolgt wird. Denn dass die Klagen der Bau-Arbeiter und erst, auch Forderungen auch in der kommenden „guten Zeit“ nicht ausbleiben werden, liegt klar zu Tage und zwar aus einem sehr einfachen Grunde. Alle jene Notizen, welche die Konjunktur des kommenden Baujahres in rosigem Lichte erscheinen zu lassen berechnet sind, werden nicht allein in Berlin gelesen. Sie finden ihren Weg aus den Berliner Zeitungen in die Provinzialblätter und stoffarme Korrespondenten werden nicht ermangeln, die gegebene Anregung begierig aufzugreifen und Berlin in baulicher Hinsicht für die kommende Zeit als ein Eldorado für die Bau-Arbeiter zu schildern. Die natürliche Folge davon wird sein, dass die in ihren Winterquartieren ein beschauliches Dasein führenden Bau-Arbeiter der Provinzen und vom Lande früher und in noch vermehrter Zahl als sonst ihr Kämzel schmüren und nach Berlin pilgern, um nur ja die ersten am Platze zu sein, wenn es losgeht! Ein ungezügelter Strom von Arbeitskräften wird Berlin überfluten, und — das ist es ja, was gewünscht wird. Denn hier sind jene unaufgelärten oder indifferenten Massen, denen es nur darum zu thun ist, Geld zu verdienen ohne Rücksicht auf die hiesigen örtlichen Verhältnisse, ohne Rücksicht auf Arbeitszeit und Arbeitslohn und Arbeitsart, nur zu willkommenen Gästen, wie die Erfahrung genugsam gelehrt hat. Die Arbeiter „von außerhalb“ werden bereitwillig in Arbeit gestellt, weil sie „williger“ sind als die ortsanfässigen Bauarbeiter, welche sowohl durch die örtlichen Verhältnisse gezwungen, als auch durch ihre größere Intelligenz bewogener höhere Anforderungen stellen. Während jene arbeiten, müssen diese durch den Bauzamm guden. Und das ist nicht nur bei den Privatbauten so, das ist auch bei den Kommunalbauten der Fall, da diese noch immer auf dem Submissionswege an Privatunternehmer vergeben werden, ohne bei Abschluss der Verträge eine Regelung der Arbeitsverhältnisse vorzusehen. So lange also die Arbeiter der Provinzen und des Landes schuklos preisgegeben bleiben, haben auch die projektirten großen Kommunalbauten, welche doch mit zur Hebung des Nothstandes der Berliner Bauhandwerker beizutragen bestimmt sind, für letztere nur einen sehr zweifelhaften Werth, denn naturgemäß werden diejenigen Arbeitskräfte den Vorzug erhalten, die bereit sind, zu den Unternehmern günstigen Bedingungen zu arbeiten, und dass diese Bedingungen möglichst günstige werden, dafür soll das Massenangebot von Arbeitskräften sorgen, und das dieses erforderliche Massenangebot vorhanden ist, dafür sollen wiederum jene Notizen sorgen, welche in unauffälliger Weise schon jetzt durch die liberale Presse ins Land geschickt werden und das kommende Baujahr im rosigem Lichte schildern. Wie „rosig“ das selbe für die Berliner Bauhandwerker sich gestalten wird, dürfte bereits aus den kurzen vorausgeschickten Darlegungen zur Genüge ersichtlich sein. Möge sich die öffentliche Meinung durchaus nicht irre führen lassen. Um den Nothstand der Berliner Bauhandwerker zu beseitigen, dazu sind Kommunalbauten allein nicht ausreichend, dazu gehört etwas mehr. Das aber die liberale Stadtverwaltung für dieses „mehr“ nicht zu haben ist, das hat das Schicksal der bekannten Maurer-Petition bewiesen.

Diese Zeilen waren gerade geschrieben, als uns der Zeitungsartikel der „Königsberger Post. Ztg.“ vor Augen kam. Es heißt da:

„Was an diesen Kundgebungen (nämlich der hiesigen Arbeitslosen, Red.) einen so unangenehmen Eindruck macht, ist, dass die Sozialdemokraten sich nicht entblöden, die Noth einer großen Menge hungernder und frierer Menschen agitatorisch zu verwerthen, statt mit Ernst und Eifer den Bemühungen der städtischen Behörden beizutreten, die diese Noth wirklich lindern wollen, bevor die sozialdemokratischen Schreier auf dem Platze erschienen waren.“

Es genügt wohl, wenn wir diese Leistung von Dreistigkeit und Unwahrscheinlichkeit einfach niedriger hängen. Das Königsberger Blatt verdient, Herrn Eugen Richter zum Korrespondenten zu haben. Derselbe Zeitungsartikel schließt mit folgendem Passus:

„Anfänge zu der läudlichen Propaganda sind schon gemacht worden, so vor kurzem in Mecklenburg, wo Berliner Agitatoren acht Tage lang von Ort zu Ort zogen und einen überraschend großen Jubel von Bauern und Tagelöhnern gehabt haben sollen. Es sind uns darüber Mittheilungen zugegangen, von denen wir nur das Vorstehende hier geben möchten, etwa noch mit der Dingu-

fügung, dass Broschüren und populäre Flugblätter in großer Anzahl vertheilt worden sind. Die sozialdemokratische Presse hat zunächst von diesen Vorgängen noch nichts berichtet, auch der „Vorwärts“ nicht.“

Besser zusehen!

Auch eine „geistige Waffe“ gegen die Sozialdemokratie. In einer hiesigen Spielhause oder Kleinkinder-Bewahranstalt im Norden der Stadt werden die kleinen Bälger auf die Sozialdemokraten dressirt, und da die Gegend sehr zahlreich von Parteigenossen bewohnt ist, so kann man sich denken, was diese allabendlich für einen Genuss haben, wenn ihnen die drei- bis sechs-jährigen Puppen, die am Tage in der Anstalt waren, die dort gelehrten Lieder und Gedichte zum Besten geben. Soweit aus solchen Rindermunde etwas Zuverlässiges zu ermitteln ist, hat sich ein Freund unseres Blattes die Mühe genommen, dies zu Papier zu bringen. Nach der schönen Melodie von dem „Hauptmann mit dem Schnurrbart“ singen die Kleinen folgendes:

Wir wollen alle tüchtige Soldaten sein!
Mit dem Kaiser dann wir treten muthig in den Krieg hinein.
Denn es giebt jetzt böse Menschen auf der Erde immer mehr,
Die da sprechen voller Habsucht, voller Raubsucht und Begehr.

Wenn nicht der Kaiser wäre, gäb' es keine Auh im Land,
Es würd' geraubt und geplündert und Alles weggebrannt.
So lang der Kaiser lebet, werden Alle gleich bestraft.

— Die hier folgende Strophe war aus den Kleinen in verständlicher Form nicht heraus zu bringen. Dann heißt es weiter:

Wir könn' im Frieden leben gar froh und wobl gemuth
Und brauchen nicht zu zittern für unser Hab und Gut.
Wir woll'n dem Kaiser danken und immer illuminiren,
Weil er als Landesvater uns thut gut und stark regiren.

Mein Reitsperrd will ich schenken ihm, damit er reiten kann, —
Ich geb' ihm meine Soldaten, es sind an hundert Mann.
Auch meine Sparbüch' schenk' ich ihm, darin ist lauter Gold,
Ein Straußchen will ich winden ihm von schönen Blumen hold.

Ich schenk' ihm meine Puppe mit dem rothen seidenen Kleid,
Mit der rothen seidenen Schärpe, sechs Centimeter breit. —

In dieser Weise geht's weiter. Es ist ja über diese moderne patriotische Dichtung kein Wort weiter zu verlieren. Wenn die guten Leute sich nun aber vorstellen, welche Wirkung es haben muß, wenn der Vater eines so unterrichteten Kindes zu Hause in seiner Familie aus jener Zeit erzählt, wo er, als Ausgewiesener von Arbeit und Familie vertrieben war, oder wenn er von dem Onkel Müller oder Schulte erzählt, wie der im Glend in der Welt herumgejagt worden ist und endlich elend starb, weil man ihn nirgends dulden wollte? Ob's dann wohlgethan ist, daß der Begriff des Regenten schon so früh in dem Gemüth der Kinder mit der Vorstellung von aller öffentlichen Macht und Gewalt verbunden wird? Wir bezweifeln es. Zu verantworten haben das diejenigen, die in so geschmackvoller Weise den Kindern Politik lehren, noch ehe diese Kinder schulpflichtig werden.

Ueber eine Arbeiter-Entlassung in der Werkstatt der städtischen Wasserwerke wird uns folgendes von dem Beteiligten geschrieben: Ich war als Kontrolleur-Anwärter eingestellt mit der Vericherung, bei einretender Vakanz fest angestellt zu werden. Einstweilen bezog ich einen Lohn von 35 Pf. pro Stunde. Am 22. Januar wurde ich plötzlich und ohne Angabe des Grundes entlassen. Auf meine Frage nach der Ursache der Entlassung wurde mir nur antwortet, daß die Sache von einem Ingenieur ausgehe und ein anderer Grund gegen mich nicht vorliege. In andrer Lage erfuhr ich, daß meine Stelle durch den Sohn des Bureau-Vorstehers beim Magistrat, eines guten Bekannten des Ober-Ingenieurs, besetzt sei.

Wir möchten doch glauben, daß der Briefschreiber falsch unterrichtet ist und wir veröffentlichen diese Mittheilung, welche im Uebrigen für die in städtischen Diensten beschäftigten Arbeiter von höchster Wichtigkeit ist, nur um der Verwaltung der städtischen Wasserwerke Gelegenheit zu geben, die Sache klarzustellen. Solche Ursachen waren es, die den großen Vergarbeiter-Streik in der Rheinprovinz und in Westfalen verschuldeten. Es darf unter keinen Umständen gebuldet werden, daß solche Verhältnisse in den städtischen Betrieben eintritt; eine solche Behandlung empfindet der betroffene Arbeiter ungleich schwerer als eine Lohnkürzung. Wir werden diese Angelegenheit im Auge behalten und hoffen, daß uns die Verwaltung der Wasserwerke durch eine Aufklärung des Sachverhalts der Mühe überheben wird, nochmals auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Eine Verkehrshörung von längerer Dauer trat vorgestern Abend auf dem rechtsseitigen Geleise der Berliner Stadt- und Ringbahn ein. Die Maschine des um 6 Uhr 30 Minuten auf dem Lehrter Bahnhof von Westend aus einbrechenden Zuges der Stadtbahn (Nordring) verlor in dem Augenblicke, als der Zug die Bahnhofshalle wieder verlassen sollte, infolge eines Defektes, der sich am Wasserrohr ergeben hatte, ihre Funktionen. Der Zug mußte so lange in der Station verbleiben, bis die vom Schlesischen Bahnhof schleinigt requirirte Ersatzmaschine eintraf und die schadhafte Maschine ausrangirte. Mit einer Verspätung von 30 Minuten, während welcher Zeit der Verkehr auf dem besagten Geleise eingestellt worden war, konnte der Zug schließlich seine Fahrt fortsetzen. Einem Unfälle zufolge, das sich gestern in der Stadt verbreitet hatte, sollten bei diesem Unfälle mehrere Personen verunglückt sein; dasselbe entbehrt, wie ein Abendblatt mittheilt, jeder Begründung.

Gegen einen hiesigen Arzt, den Dr. W., hatte das Polizeipräsidium bei dem Bezirksauschuss Klage mit dem Antrage auf Aushebung der dem Dr. W. für Errichtung einer Privat-Hellanstalt vor vier Jahren ertheilten Konzession erhoben, weil derselbe, letzterer und den politischen Bestimmungen entgegen, zahlreiche mit ansteckender Krankheit, nämlich mit Tuberkulose behaftete Kranke aufgenommen und durch Dr. William Berg mit Koch'scher Lymphke habe behandeln lassen. Nach längerer Verathung erkannte der Bezirksauschuss auf Abweisung des Antrages des Polizeipräsidiums.

Von einer Tischkugel in den Kopf getroffen wurde der „Berl. Ztg.“ zufolge am Freitag Abend der in Wilmersdorf wohnende Pferdebahn-Schaffner Sch. Derselbe war von dem Depot gekommen und wollte sich gegen die fünfte Stunde, als es noch heller Tag war, nach seiner Wohnung begeben. Zu diesem Zweck mußte er die Kaiser-Allee durchschreiten und als er bei der Villa Lütz vorbeikam, spürte er plötzlich einen schmerzhaften Schlag an seinem Kopf und gleich darauf einen heftigen Schmerz hinter dem linken Ohr. Als er mit der Hand dahin fasste, war diese blutig. Er sah sich um; da er aber Niemand bemerkte und auch nichts gehört hatte, verneinte er nur von dem Steinwurf eines böswilligen oder fahrlässigen Knaben getroffen worden zu sein und ging, ohne der Sache weitere Beachtung zu schenken, seines Weges weiter. Im Laufe des Sonntags traten jedoch bereits anhaltende Schmerzen ein und in der Nacht zum Sonntag machte sich eine zusehends wachsende Geschwulst bemerkbar, so daß Sch. dienstunfähig wurde und sich zu einem Arzt begab. Derselbe hatte kaum einen Blick auf die Geschwulst geworfen, als er auch die Verletzung als eine Schußwunde erklärte. Dem höchst verwunderten Schaffner war jedoch die Sache nicht eher plausibel, als bis er die von der Sonne des Tages zu Tage gezeigte Kugel vor sich liegen sah. Nunmehr wurde von der Angelegenheit Anzeige gemacht und die Recherchen nach dem Schützen begonnen. Zunächst mußte Sch. nochmals ganz genau erklären, wo und unter welchen

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Brüssel, 4. Februar, Abends. Wie die Abendblätter melden, wurden von den Mannschaften des Grenadierregiments, welche gestern Nachmittag wegen der am Sonntag begangenen Ausschreitungen ins Verhör genommen wurden, gegen 40 in Arrest geschickt. Im Arrestlokal begannen dieselben alsbald zu lärmen und zu toben, darauf versuchten sie, die Thüre des Arrestlokals zu zertrümmern, schließlich steckten sie die Matratzen und Bettdecken in Brand. Durch herbeigeeilte Unteroffiziere und Mannschaften wurde das Feuer gelöscht, die Meuterer wurden anderweit in Sicherheit gebracht. Vom Oberst des Grenadierregiments ist heute die militärgerichtliche Untersuchung eröffnet worden; fünf der Meuterer wurden unter Gendarmenbedeckung im Zellengefangnis gebracht.
Charleroi, 4. Februar. Nach einer Meldung aus Gosselies drangen etwa 50 Arbeiter der Rubry'schen Fabrik, welche entlassen worden, in das Fabrikgebäude ein und überfielen die dort beschäftigten Arbeiter, wobei mehrere Arbeiter zum Theil schwer verwundet wurden.

New-York, 4. Februar. Nach hier über San Francisco

eingegangenen Nachrichten hat am 12. Januar auf Java ein Erdbeben stattgefunden, durch welches in der Stadt Soana das von Chinesen bewohnte Viertel fast gänzlich zerstört wurde, während der von Europäern bewohnte Stadttheil derartig beschädigt wurde, daß er unbewohnbar ist. 12 Personen wurden getödtet, 17 verwundet; der ganze westliche, sowie der mittlere Theil von Java hat ebenfalls gelitten.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Cardung beizufügen. Brieflich Antwort wird nicht ertheilt.

H. Schr., Reanderstraße. Bevor wir uns mit Ihrer Angelegenheit näher einlassen, wird es doch nöthig sein, daß wir den Verlauf des Rechtsstreites abwarten. Wir stellen Ihnen anheim, die Sache wieder in Anregung zu bringen, sobald der schwebende Prozeß endgiltig entschieden ist.

Fragsteller, Steglitzer Lokal. Sie müssen die von uns regelmäßig veröffentlichten Listen der betreffenden Lokalkommissionen verfolgen. Sie erfahren daraus, welche Lokale zu besuchen sind und welche nicht.

14. Ziehung der 4. Klasse 183. Königl. Preuss. Lotterie.

Sitzung vom 4. Februar 1891, Nachmittags. Zur die Gewinnliste über 210 Mark sind die betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt. (Dritte Gewinnliste.)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers (e.g., 11 62 122 208 83) and prize amounts (e.g., 450 544 66 11500).

14. Ziehung der 4. Klasse 183. Königl. Preuss. Lotterie.

Sitzung vom 4. Februar 1891, Nachmittags. Zur die Gewinnliste über 210 Mark sind die betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt. (Dritte Gewinnliste.)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers (e.g., 406 11 505 29) and prize amounts (e.g., 15000 698 771 818).

14. Ziehung der 4. Klasse 183. Königl. Preuss. Lotterie.

Sitzung vom 4. Februar 1891, Nachmittags. Zur die Gewinnliste über 210 Mark sind die betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt. (Dritte Gewinnliste.)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers (e.g., 141 01 11500) and prize amounts (e.g., 218 349 414 25).

14. Ziehung der 4. Klasse 183. Königl. Preuss. Lotterie.

Sitzung vom 4. Februar 1891, Nachmittags. Zur die Gewinnliste über 210 Mark sind die betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt. (Dritte Gewinnliste.)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers (e.g., 60689 119 256 73) and prize amounts (e.g., 402 526 61 80).

läge würden einige Duzend Mann in einem solchen Falle der Verunsicherung folgen und im Sinne der Kultur stimmen. (Lebhafte Beifall.) In der Debatte macht zunächst Herr S. a. m. m. (Sozialdemokrat) die in rühmliche Partei auf die Inkonsequenz aufmerksam, daß sie mit Worten den Militarismus bekämpft und in der That für den Militarismus stimmt. Er ließ es auch an einem Seitenhieb auf die „Arbeiterfreundlichkeit“ des Herrn v. Forckenbeck und die „berale“ Weisheit im rothen Hause nicht fehlen. Herr S. a. m. m. sprach in seiner Erwiderung von der Kampfweise der Gegner, welche andere Dinge vordrängen, ohne sich streift an den Vortrag zu halten. Herr Harmening wählte hier einen etwas indirekten Ausdruck; direkt hätte er sagen: „Ich habe nichts mit Herrn v. Forckenbeck zu thun?“ Gegen den Vorwurf der Inkonsequenz bemerkte der Redner: Die Sozialdemokraten seien auch nicht immer dieselben geblieben, sie hätten früher einmal theilen wollen; nachher legte er diese Bemerkung als Scherzhaft aus. Daraus erhielt Dr. Lütgenau das Wort, der etwa ausführte: Mit den von Harmening entwickelten Ideen sind wir mehr einverstanden, als ein Teil der Freisinnigen. Die paar Duzend Reichstags-Abgeordneten, die der „Vernunft“ und der „Kultur“ zum Sieg verhelfen wollen, sind bald gefunden; die 85 Sozialdemokraten und dazu Herr Dr. Harmening, das sind volle drei Duzend. Wenn Herr Harmening in seiner Partei keinen mehr findet, dann ist es meine Sache nicht, die freisinnige Fraktion hiergegen zu verteidigen. Die Forderung: „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk“ ist vom Referenten sehr gut begründet worden; zur Vollständigkeit braucht bloß hinzugefügt zu werden, daß diese Forderung nur im sozialdemokratischen, nicht im freisinnigen Programm enthalten ist. Sie haben sich hier heute nicht für Ihre, sondern für unsere Forderung begeistert! Herr Harmening hatte bei unseren Staatsfahnen noch den Trost, daß sie immerhin kleiner als die anderer Staaten seien. Aber unser Reich ist auch noch jung, es kann es noch weit bringen, wenn es so fortfährt. Der Referent hat im Ganzen recht, er ist nur etwas zu ideologisch. Mit Schwärmerei erreicht man nicht viel, doch waren uns die frangosenfreundlichen Aeusserungen des Referenten sympathisch. Die Befreiung der Arbeiterklasse von den beiden Brüdern Mammon und Moloch muß das Werk der arbeitenden Klasse selbst sein. (Lebhafte Beifall.) In seiner Erwiderung meinte Herr Harmening, daß auch er Mammon und Moloch als gegenseitige Helfershelfer ansehe und daher auch er bekämpfe; er versuchte sich dann gegen den Vorwurf der Ideologie zu verteidigen; sein Weg sei durchaus praktisch. Seine Schlusssätze lauteten: „Ich glaube nicht, daß ich Sozialdemokrat werde (Großer Beifall der Freisinnigen); wenn ich es aber werde, so bringe ich auch Anhänger mit.“ (Große Heiterkeit und Beifall der Sozialdemokraten.) Nachdem noch Klempner Engler im sozialdemokratischen Sinne gesprochen hatte, wurde über eine sozialdemokratische Resolution abgestimmt, welche ansprach, daß der Militarismus erst durch das Ende der kapitalistischen Produktionsweise überwunden werden könne. Der Vorsitzende, Herr Max Schulz, sprach seine Ansicht dahin aus, daß das Resultat der Abstimmung „zweifelhaft“ sei. Infolge der Heiterkeit, welche Jemand mit der Frage: „Wo hat der Vorsitzende sein Bureau gelassen?“ hervorgerufen hatte, hatte anscheinend mancher nicht deutlich gehört, um was es sich handelte; dadurch kam es, daß manche Sozialdemokraten nicht mitabstimmten. Der Vorsitzende schloß die Versammlung, die so „friedlich“ gewesen sei, und nun erstünde aus vielen hundert Reden die Arbeitermarzialisierung.

Berichtigung. Der Bericht in der gestrigen Nummer über die Volksversammlung auf Livoli (Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Warm über: „Die Luft als Nahrungsmittel“) enthält einige innerseltene Fehler.

Es heißt: „Neben dem Sauerstoff und Stickstoff ist die Luft aus einem dritten Bestandtheil, dem Kohlenstoff zusammengesetzt, und soll heißen: „Der Kohlenstoff ist zusammengefaßt.“ Ferner heißt es: „Der Proletarier zahlt für seine verpestete Luft 80 pCt. mehr als der Kapitalist für die reine Luft“ und soll heißen: „Der Proletarier zahlt für die verpestete Luft seiner Schlafstätten 80 pCt. dessen, was der Kapitalist für reinere Luft zahlt.“

- Summarische Preisvertheilung. Köllig's Salon, Neue Friedrichstr. 44.
Männer-Vereinigung des Vorwärts. Sonntag, den 2. Februar, großer Wiener Musikfest in der Saalbauhalle, Unter den Eichen, Hermannstr. 20.
Große öffentliche Versammlung der arbeitenden Arbeiter und Arbeiterinnen von Livori und Umgebung am Donnerstag, den 6. Februar, Nachmittags 2 Uhr, im Lokal des Herrn Haus (Café-Oper), Kitzberg, Hermannstr. 18.
Große öffentliche Versammlung aller gewerblichen Hilfsarbeiter Livori und Umgebung am Donnerstag, den 6. Februar, Abends 8 Uhr, im Lokal „Wedding-Park“, Kitzberg, 178.
Arbeiterbildungs-Verein für Friedrichsfelde und Umgebung. Versammlung am Donnerstag, den 6. Februar, bei Bomber, Kitzbergstr. 10.
Verein zur Hebung der (Männer und Frauen). Abends 8 Uhr im Restaurant Jarauberg, Schönhauser Allee 28.
Verein der Arbeiterinnen des Vorwärts. Sonntag, den 2. Februar, Abends 8 Uhr, im Restaurant „Rosa“, Unter den Eichen, Hermannstr. 20.
Verein der Arbeiterinnen des Vorwärts. Sonntag, den 2. Februar, Abends 8 Uhr, im Restaurant „Rosa“, Unter den Eichen, Hermannstr. 20.
Verein der Arbeiterinnen des Vorwärts. Sonntag, den 2. Februar, Abends 8 Uhr, im Restaurant „Rosa“, Unter den Eichen, Hermannstr. 20.